



Konrad
Adenauer
Stiftung

Internationale Zusammenarbeit
Politik und Beratung

AKTUELLE FOLGEN DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE FÜR DIE EUROPA-DISKUSSION



STIMMUNGSBILD AUS AUSGEWÄHLTEN
EU-MITGLIEDSLÄNDERN

Herausgeber

Dr. Gerhard Wahlers

Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion

Dr. Céline-Agathe Caro

Koordinatorin Europapolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: Credit © European Union, 2010

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-941904-69-9

INHALT

5	EINLEITUNG
7	DEUTSCHLAND
11	EUROPÄISCHE UNION
15	FRANKREICH
21	GROSSBRITANNIEN
23	ITALIEN
26	DIE NIEDERLANDE UND BELGIEN
28	POLEN
30	SPANIEN
32	TSCHECHIEN

EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den letzten Monaten die Stabilität der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ins Wanken gebracht und erforderte eine gemeinsame Reaktion der Mitgliedsländer der Eurozone. Anfang Mai stellten sich die Eurostaaten dieser Herausforderung: Mit einem umfassenden Rettungspaket reagierten sie auf die Griechenlandkrise und wenige Tage später sorgten sie mit der Einrichtung eines Euro-Rettungsschirms für die Stabilität der gemeinsamen Währung.

Diese Ereignisse haben die Heterogenität der Wirtschaftsmodelle, Wettbewerbsfähigkeiten und der Wirtschaftspolitik der einzelnen Euroländer zum Vorschein gebracht und demonstriert, dass die Staaten unterschiedlich gegen die Krise gewappnet sind. Durch die gemeinsame Währung sind sie dennoch wirtschaftlich und finanziell eng miteinander verflochten und somit stark voneinander abhängig.

Eine Lehre können wir aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen: eine kohärentere Wirtschafts- und Haushaltspolitik innerhalb der Eurozone ist unabdingbar, um die Stabilität der gemeinsamen Währung auch in Zukunft zu sichern. Dies setzt eine wirkungsvolle Kooperation auf europäischer Ebene voraus.

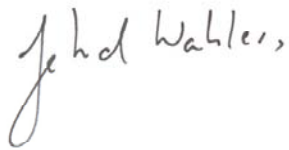
In den meisten Mitgliedsländern der EU löste diese Erkenntnis eine lebhafteste Debatte über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses aus. Unter den politischen Entscheidungsträgern und Experten, aber auch in der breiten Öffentlichkeit, werden derzeit die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, denen sich die jeweiligen Länder und die EU stellen müssen, sowie mögliche Lösungsansätze auf nationaler und europäischer Ebene aktiv diskutiert.

Länderübergreifende Debatten dieser Art machen es notwendig, sich ein Bild von der Diskussion über Europa in den einzelnen Mitgliedstaaten zu verschaffen, denn in jedem Land wird in Anbetracht der lokalen wirtschaftlichen Situation und der dortigen Erwartungen anders argumentiert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will dieser Notwendigkeit Rechnung tragen indem sie mit der vorliegenden Publikation ein europäisches Stimmungsbild zu der gegenwärtigen Europa-Diskussion in ausgewählten Ländern der EU liefert. Analysiert werden die Reaktionen auf die Griechenlandkrise und den Euro-Rettungsschirm sowie die nationalen Debatten über eine striktere Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, eine Änderung der EU-Verträge sowie die Einführung einer europäischen Wirtschaftsregierung und die Relevanz einer internationalen Finanzmarktregulierung.

Um das breite Spektrum der Reaktionen innerhalb der EU widerzuspiegeln, hat die KAS sechs Länder aus der Eurozone (Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und die Niederlande) sowie drei weitere europäische Staaten (Großbritannien, Polen und Tschechien) ausgewählt. Darüber hinaus bietet die Studie einen Überblick der Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise auf gesamteuropäischer Ebene.

Damit die Vielfaltigkeit der EU-Mitgliedsländer weiterhin ein Trumpf des geeinten Europas bleibt, ist es wichtig, diese in den Vordergrund zu stellen und parallel dazu den Dialog und die Konsensbildung in entscheidenden Fragen zu fördern. Nur so kann Europa aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt hervorgehen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in black ink that reads "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

DEUTSCHLAND

Als leistungsstärkste Volkswirtschaft Europas spielt Deutschland eine entscheidende Rolle, um die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union zu überwinden. Die Bundesregierung nimmt diese Rolle an und unterstreicht seit Wochen ihren Willen, sich aktiv für den Schutz des Euro einzusetzen und dazu beizutragen, dass eine derartige Finanz- und Wirtschaftskrise zukünftig in Europa nicht mehr stattfinden kann. Für Berlin kann dies aber nur durch Maßnahmen erfolgen, die eine langfristige Stabilität in der Eurozone gewährleisten, was eine deutliche Verschärfung der finanzpolitischen Regeln in der EU zur Folge haben müsste. Für einige ihrer Stellungnahmen und Forderungen im Kontext der Griechenlandkrise geriet daher die Bundesregierung zeitweise in die Kritik, sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene und im Ausland. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zählt aber in erster Linie folgendes Grundprinzip: „Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft [...]. Ein guter Europäer ist vielmehr der, der die europäischen Verträge und das jeweilige nationale Recht achtet und so dazu beiträgt, dass die Stabilität der Eurozone und der ganzen Europäischen Union keinen Schaden nimmt“.¹

DIE GRIECHENLANDKRISE

Die Bundesregierung lehnt die im In- und Ausland häufig geäußerte Kritik, sie habe in Bezug auf die Griechenlandkrise aus politischem Kalkül – wegen der damals bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen – gezögert, nach einem Ausweg gesucht und mangelnde Solidarität gegenüber einem Mitglied der gemeinsamen Währungsunion bewiesen, strikt ab. Sie verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Deutschland sich bereits im Rahmen des EU-Gipfels am 11. Februar 2010 mit den anderen Staats- und Regierungschefs darüber einig war, dass die Euromitgliedsländer entschlossen und koordiniert handeln werden, um Griechenland zu helfen, falls dies für die Garantie der Stabilität der Eurozone insgesamt als notwendig erachtet werden sollte. Die öffentliche Meinung in Deutschland stand zum Teil jeglicher Form von finanzieller Unterstützung für Griechenland sehr

kritisch gegenüber. Die Bundesregierung hielt dennoch an ihrer Position vom 11. Februar fest. Äußerungen aus der CSU, nach denen ein Ausstieg Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion nicht von vornherein ausgeschlossen werden könne, wurden vom Rest der regierenden Koalition schnell übertönt.

An die grundsätzliche Bereitschaft zur finanziellen Hilfe gegenüber einem hoch verschuldeten Euro-Land knüpfte Deutschland, als größter Nettozahler der EU, von Beginn an jedoch konkrete Bedingungen. So äußerte sich u. a. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) äußerst kritisch gegenüber einer schnellen Griechenland-Hilfe ohne Gegenleistung seitens Athens. Es könne nicht sein, meinte er am 26. April, dass wie selbstverständlich der europäische Steuerzahler auch für das Fehlverhalten von einzelnen Ländern geradestehe.² In seiner europapolitischen Grundsatzrede am 27. April wurde er deutlicher: „Wir wollen die Europäische Union, aber wir wollen keine Transferunion zulasten Deutschlands“. Die Bundesregierung machte somit von Anfang an klar, dass Griechenland auf gar keinen Fall einen Präzedenzfall bilden dürfe, wonach weitere, wirtschaftlich geschwächte EU-Länder die finanzielle Unterstützung der wirtschaftlich erfolgreicherer Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, einfach würden voraussetzen können. Die finanzielle Hilfe Deutschlands an Griechenland wurde demnach als „Ultima Ratio“ bezeichnet. „Es geht um die Stabilität des Euros als Ganzes. [...] Es ist nicht ein Problem Griechenlands, sondern ein Problem Europas, damit ist es ein Problem Deutschlands“, hob Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende April hervor.³

In diesem Zusammenhang setzte sich die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene dafür ein, dass die Kredite an Griechenland nur in strikter Übereinstimmung mit dem europäischen Recht („No Bail Out“-Klausel) und dem deutschen Verfassungsrecht (unter Aufsicht des Bundesverfassungsgerichts von Karlsruhe) vergeben werden. Sie knüpfte somit die Unterstützung Deutschlands u.a. an die Bedingung, dass Griechenland sich zu Eigenanstrengungen hinsichtlich

der Konsolidierung seines Haushalts verpflichtet und dass der Internationale Währungsfonds (IWF) eingebunden wird – was auch im europäischen Konsens über das Rettungspaket für Griechenland Anfang Mai berücksichtigt wurde.

Am 7. Mai stimmte der Deutsche Bundestag der Griechenland-Hilfe zu. Somit beteiligte Deutschland sich mit Krediten in Höhe von 22,4 Milliarden Euro an einem gemeinsamen EU/IWF-Rettungspaket. Die Abgeordneten verabschiedeten das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der Linksfraktion. Die SPD, die erfolglos für eine Beteiligung der privaten Banken an der Hilfe für Griechenland plädiert hatte, enthielt sich der Stimme.

DER EURO-RETTUNGSSCHIRM

Um weitere kriselnde Euro-Staaten zu schützen und somit die Stabilität des gesamten Euro-Finanzsystems zu sichern, einigten sich die Finanz- und Wirtschaftsminister der EU am 9. Mai über die Einrichtung eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus. Dieser so genannte „Euro-Rettungsschirm“, an dem die Europäische Union, die Euro-Staaten und der IWF beteiligt sind, umfasst ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro. In diesem Rahmen könnte Deutschland in den nächsten drei Jahren bis zu 148 Milliarden Euro Garantien beisteuern.

Der Bundestag konnte den Euro-Rettungsschirm trotz der Enthaltung der SPD und der Grünen sowie der Ablehnung der Linken am 21. Mai verabschieden. Die Oppositionsfraktionen kritisierten vor allem das Eilverfahren, in dem das Gesetz durch den Bundestag gebracht wurde. Der Eilantrag des CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler beim Bundesverfassungsgericht gegen die deutsche Beteiligung am Euro-Rettungsschirm scheiterte.

Die deutsche Bundesregierung unterstützte die Entstehung des Euro-Rettungsschirms von Anfang an aktiv. „Die Währungsunion ist eine Schicksalsgemeinschaft“, hob Angela Merkel am 19. Mai vor dem Bundestag hervor und führte weiter aus: „Es geht deshalb um nicht mehr und um nicht weniger als um die Bewahrung und Bewährung der europäischen Idee. Das ist unsere historische Aufgabe; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa“.⁴

So wie das Rettungspaket für Griechenland deutsche Grundzüge trägt, so entspricht auch der Euro-Rettungsschirm einigen deutschen Grundsätzen. Dazu

zählen u. a. die Einbindung des IWF, die Bedingung, dass die betroffenen Staaten zu umfassenden Eigenanstrengungen verpflichtet sind sowie die Tatsache, dass die Euro-Staaten die volle Kontrolle über die Kredite behalten.

„DIE NOTWENDIGE WIRTSCHAFTLICHE VERZÄHNUNG DER EU“⁵

Neben den Maßnahmen, um von der Wirtschafts- und Finanzkrise geschwächte Euro-Staaten zu unterstützen, setzt Deutschland sich aktiv für eine Sanierung der Staatsfinanzen ein, als ein weiteres entscheidendes Mittel, um zukünftige Finanz- und Wirtschaftskrisen in der EU zu vermeiden und langfristige Stabilität in der Eurozone zu erreichen. Die Bundesregierung plädiert somit für eine umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Bundesfinanzminister Schäuble hat in diesem Kontext bei der ersten Sitzung der Finanzminister unter dem Vorsitz von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy am 21. Mai einen Neun-Punkte-Plan vorgelegt. Dieser Plan der Bundesregierung beinhaltet die ersten konkreten Empfehlungen eines Euro-Landes zur Stabilisierung der Eurozone und schlägt Änderungen der EU-Verträge vor. Demnach sollten die Stabilitätsprogramme der Euro-Länder einer strengen, unabhängigen Prüfung unterzogen werden. Alle Euro-Mitgliedsstaaten sollten sich zudem verpflichten, die vereinbarten Stabilitätsziele in ihr nationales Recht zu übernehmen, wie Deutschland es etwa mit der „Schuldenbremse“ getan hat. Ferner sieht Schäubles Plan für Mitglieder der Eurozone, die sich an die Vorgaben zum Abbau ihres Defizits nicht halten, eine vorübergehende Streichung der EU-Strukturmittel vor. Euro-Defizitsündern sowie Ländern, die Empfehlungen missachten und Statistiken manipulieren, sollten außerdem für mindestens ein Jahr die Stimmrechte im Europäischen Rat entzogen werden. Darüber hinaus schlägt der Plan der Bundesregierung vor, dass Insolvenzverfahren für Pleite-Staaten ein wesentlicher Bestandteil eines festen Krisenbewältigungsrahmens bilden.

Bei der Opposition im Bundestag stieß der Neun-Punkte-Plan auf harsche Kritik und auch auf der europäischen Ebene zeichnen sich heftige Diskussionen ab. So lehnte beispielsweise Ratspräsident Herman Van Rompuy bereits am 21. Mai die von Deutschland geforderte Änderung der EU-Verträge ab. „Wir müssen innerhalb der derzeitigen Verträge bleiben“, sagte er laut der Brüsseler Tageszeitung *Le Soir* vor Wirtschaftsvertretern.⁶

Passend zu diesen Vorschlägen, bzw. um die EU-Defizitgrenze und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten, haben CDU/CSU und FDP Anfang Juni ein Sparpaket beschlossen. Bis 2014 wollen sie im Bundeshaushalt 81,6 Milliarden Euro einsparen. Den Vorschlägen der EU-Kommission, die eine frühzeitige Vorlage der Haushaltsentwürfe in Brüssel vorsehen, steht die Bundesregierung aufgeschlossen gegenüber.

Auf dem EU-Gipfel am 17. Juni konnte sich Bundeskanzlerin Merkel über die Durchsetzung deutscher Vorschläge in bestimmten Bereichen freuen. So bekannten sich die 27 Staats- und Regierungschefs in ihrer Abschlusserklärung zur verschärften Haushaltskonsolidierung, u. a. mit neuen Sanktionsmöglichkeiten für Haushaltssünder, und erklärten sich grundsätzlich bereit, wichtige Eckdaten ihrer nationalen Haushalte der EU zur Überprüfung vorzulegen. Auch der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe unter der Leitung von EU-Ratspräsident Van Rompuy spiegelte die deutschen Sorgen in Bezug auf die Überwachung und die Kontrolle der Haushalte ausführlich wider. „Die Verschärfung des Stabilitätspakts wird in Europa unweigerlich als Germanisierung empfunden“ schrieb *Spiegel Online* in diesem Zusammenhang am 17. Juni.

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS-REGIERUNG

Auch wenn Angela Merkel in den letzten Wochen den Begriff einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ manchmal selbst verwendete, bleibt die deutsche Konzeption dieses Begriffes weit entfernt von der der französischen Regierung, die seit 2008 für ein „gouvernement économique“ in der Eurozone plädiert. Von deutscher Seite wird befürchtet, dass das französische Modell die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank beeinträchtigen könnte. Darüber hinaus verlangt Berlin eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung in der gesamten Europäischen Union – nicht nur im Rahmen der Eurozone – ohne dafür neue europäische Institutionen zu gründen. Was diese beiden Punkte angeht, konnte die Bundeskanzlerin Mitte Juni anlässlich eines Treffens mit dem französischen Staatspräsidenten, Nicolas Sarkozy, ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen. Beide Staatsoberhäupter einigten sich am 14. Juni in Berlin offiziell darüber, dass die 27 Staats- und Regierungschefs der EU gemeinsam die „Wirtschaftsregierung Europas“ bilden sollen und dass erst im Bedarfsfall – wie dies seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise bereits drei Mal passiert ist – ein Treffen der 16 Mitgliedsstaaten der Eurozone einberufen werden soll, um Themen zu diskutieren, die vor allem die gemeinsame Währung

anbelangen. Somit rückte Frankreich von seiner einstigen Forderung nach einem ständigen Sekretariat der Eurogruppe ab und stellte ebenfalls die Handlungsfähigkeit der aktuellen europäischen Institutionen in den Vordergrund.

DIE INTERNATIONALE FINANZMARKT-REGULIERUNG

Um eine gewisse Finanzstabilität in Europa und weltweit zu erreichen, ist es darüber hinaus für die Bundesregierung entscheidend, die Finanzmärkte zu regulieren. Damit soll zudem bewiesen werden, dass „das Primat der Politik“ durchsetzbar ist. So fordert Berlin eine schärfere Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors sowie dessen Beteiligung an den Kosten der Krisenbewältigung. Konkret plädiert die Bundesregierung u.a. für eine bessere Kontrolle der Ratingagenturen und der Hedgefonds, für die Einführung einer Bankenabgabe sowie für die Besteuerung der Finanzmärkte. In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident José Manuel Barroso riefen zudem Merkel und Sarkozy am 8. Juni die Europäische Kommission auf, ihre Arbeit zu intensivieren, um die Derivatmärkte zu regulieren. Als Zeichen der Entschlossenheit der Bundesregierung wurden bereits Mitte Mai ungedeckte Leerverkäufe sowie der Kauf von CDS (*Credit Default Swaps*) auf Staatsanleihen des Euro-raums in Deutschland verboten. Dies werde so lange in Kraft bleiben bis anderweitige Regelungen auf der europäischen Ebene gefunden werden, heißt es in Berlin.

Beim EU-Gipfel am 17. Juni gelang es Merkel und Sarkozy dennoch nicht, von den weiteren Staats- und Regierungschefs der EU ein klares Bekenntnis zugunsten der weltweiten Einführung einer Bankenabgabe sowie einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer zu bekommen. Ihr gemeinsames Schreiben vom 21. Juni an den Präsidenten des Ende Juni stattfindenden G20-Gipfels, den kanadischen Premierminister Stephen Harper, mit dem Appell, die Finanzregulierung zu verstärken und eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer durchzusetzen, hat in diesem Zusammenhang noch geringere Aussichten auf Erfolg.

FAZIT

In Zeiten der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren setzt Deutschland sich eindeutig für den Zusammenhalt Europas und die Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses ein. „Ein Weg zurück aus Europa ist in Zeiten der Globalisierung kein Weg“, hob Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 19. Mai hervor. Die Bundes-

regierung will in diesem Zusammenhang Verantwortungsbewusstsein zeigen und aktiv zu einer langfristigen finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität in der Europäischen Union beitragen. Eine ihrer größten Herausforderungen bleibt dabei, die durch das Griechenland- und das Euro-Rettungspaket gesplittete und zum Teil stark erschütterte öffentliche Meinung in Deutschland zu berücksichtigen und die Menschen von der Richtigkeit ihrer diesbezüglichen Entscheidungen zu überzeugen.

*Dr. Céline-Agathe Caro,
Koordinatorin Europapolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS
26.06.2010*

- 1| *Vgl. „Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat am 25. und 26. März“, 25.03.2010. Siehe ebenfalls: „Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu den Hilfen für Griechenland“, 5.05.2010.*
- 2| *Vgl. Spiegel Online, 26.04.2010.*
- 3| *Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.04.2010.*
- 4| *Vgl. „Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen“, 19.05.2010.*
- 5| *Ebenda.*
- 6| *Vgl. Financial Times Deutschland, 21.05.2010.*

EUROPÄISCHE UNION

Die Europäische Union hat aus der Perspektive der Mitte des Jahres 2010 im Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltige Gefährdungen des Euro und der Realwirtschaft abwenden können. Gleichzeitig ist es ihr gelungen, die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und größere finanzielle und währungspolitische Stabilität zu legen. Elemente dieser Politik konnte sie auch auf internationale Ebene übertragen. Der Weg dahin war allerdings von schwierigen Debatten zwischen den Mitgliedsstaaten wie zwischen den EU-Institutionen geprägt. Dabei galt es nicht nur Unterschiede in den finanz- und währungspolitischen Fachfragen zu überwinden, sondern es ging auch um ordnungspolitische Vorstellungen wie um Grundfragen europäischer Einigungspolitik generell. Die schärfsten Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Griechenlandkrise bei der Deutschland zeitweise in der Defensive schien. Aber auch wenn es um die Umsetzung der Lehren aus der Wirtschafts- und Währungskrise ging, um Fragen der besseren wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerung oder der Finanzmarktregulierung, kam es zu intensiven Debatten, die teilweise noch nicht abgeschlossen sind. In Belgien und den Niederlanden waren die Debatten vom Wahlkampf im Vorfeld der Parlamentswahlen überlagert.

DIE REAKTION AUF DIE GRIECHENLAND-KRISE

Die Griechenlandkrise und mögliche Auswirkungen auf die Stabilität der Eurozone haben die Diskussion in Brüssel seit Anfang des Jahres dominiert. Wichtige Themen wie die „Europa 2020“ genannte EU-Reformstrategie für Wachstum und Beschäftigung und weitere geplante Maßnahmen traten in den Hintergrund. Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone beschlossen am 7. Mai ein umfassendes Rettungspaket für Griechenland und die Einrichtung eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus. Den EU-Finanzministern gelang es daraufhin, sich – noch vor Öffnung der internationalen Finanzmärkte am 10. Mai – auf einen entsprechenden Mechanismus zu einigen und damit möglicherweise eine zweite schwere

Finanzkrise abzuwenden. Finanzielle Hilfen an zahlungsunfähige Eurostaaten werden künftig über eine Zweckgesellschaft (Europäische Finanzstabilitätsfazilität, EFSF) abgewickelt. Auf der Tagung der Eurogruppe am 18. Mai konnte Einigung über deren Ausgestaltung erzielt werden. Die ESFS kann bis zu 440 Milliarden Euro leihen und diese an finanziell angeschlagene Eurostaaten weitergeben. Das Gesamtvolumen beträgt 750 Milliarden Euro. Strittig war insbesondere, unter welchen Bedingungen die Mitgliedstaaten Solidarität mit Griechenland – wie es in den Debatten formuliert wurde – zeigen sollten und wie weit der Internationale Währungsfonds in die Rettungsaktionen einbezogen werden soll. Die Mitgliedstaaten legen in der jetzigen Regelung das Geld nicht auf den Tisch, sondern treten als Garanten auf. Sie werden zudem Anteilseigner der ESFS. Entscheidungen müssen einstimmig von den Euro-Finanzministern getroffen werden. Während die Europäische Investitionsbank (EIB) technische Hilfe gewähren wird, werden Kommission und Europäische Zentralbank (EZB) die Arbeit der Eurogruppe unterstützen. Anpassungsprogramme zur Haushaltskonsolidierung von Eurostaaten, welche die Fazilität in Anspruch nehmen, werden von Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) erstellt und kontrolliert. Bei der Griechenlandhilfe ist der IWF selbst mit 30 Milliarden Euro beteiligt. Die Zweckgesellschaft ist auf drei Jahre begrenzt. Zudem verpflichteten sich bereits zahlreiche Mitgliedstaaten – darunter die angeschlagenen Eurostaaten Portugal und Spanien – zu umfassenden Spar- und Reformprogrammen. Die EZB beteiligt sich an den Anstrengungen der Eurostaaten, mit dem Ziel, einen „angemessenen geldpolitischen Transmissionsmechanismus wiederherzustellen“.

Der Bundesregierung, die sich ob ihrer Haltung zeitweise harscher Kritik der internationalen Medien wie auch einiger Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlamentes ausgesetzt sah, ging es beim Krisenmanagement nicht nur darum, vertragskonform zu handeln – der Vertrag verbietet eine so genannte „bail out-Klausel“. Wichtig war ihr auch, die langfristige Stabilität der Eurozone sicherzustellen. Es galt zu

vermeiden, dass sie von einer Stabilitäts- in eine Transferunion degeneriert. Daher setzte sich Deutschland für umfassende Eigenanstrengungen angeschlagener Eurostaaten unter Kontrolle des IWF als Voraussetzung für Kredite ein. Ferner setzte die Bundesregierung durch, dass jeder Mitgliedstaat über den Einsatz bilateraler Kredite selbst entscheidet und zur Abwicklung der Kredite eine Zweckgesellschaft gegründet wird: Ein Automatismus europäischer Kredite konnte somit verhindert, die Budgethoheit des Bundestages gewahrt werden. Wurde anfangs der Bundesregierung mitunter zögerliches bzw. unsolidarisches Handeln vorgeworfen, so erfährt die jetzt gefundene Lösung breite Zustimmung, auch wenn noch nicht alle Details der Zweckgesellschaft geregelt sind.

STÄRKUNG WIRTSCHAFTSPOLITISCHER STEUERUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

In Brüssel wird jetzt wieder über die aktuelle Krise hinausgeblickt und über Wege zur Vermeidung künftiger Krisen beraten. Im Fokus steht die Stärkung wirtschafts- und fiskalpolitischer Steuerung. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union soll stärker koordiniert, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wirksamer ausgestattet und die Verzahnung der Reformpolitiken auf europäischer und nationaler Ebene verbessert werden. Entsprechende Reformvorschläge werden von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates ausgearbeitet, die überwiegend mit Finanzministern besetzt ist. Auf ihrem ersten Treffen am 21. Mai wurden vier Arbeitsziele festgelegt, welche die aktuelle Diskussion prägen:

- Erstens soll die EU-Wirtschaftsgovernance effizienter werden. Diese Debatte ist derweil keineswegs neu, sondern wird seit Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion unter dem Schlagwort „Gouvernement Economique“ (Wirtschaftsregierung) geführt. Deutschland stand solchen vor allem in Paris ventilerten Überlegungen stets reserviert gegenüber, da befürchtet wurde, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank könne unterminiert werden. Die im späten Frühjahr 2010 dann von der französischen Regierung in die Diskussion gebrachten Vorschläge, ein „gouvernement économique“ ausschließlich im Rahmen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zu etablieren und mit einem eigenen Sekretariat auszustatten, hatte diese Bedenken noch verfestigt. Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy am 14. Juni 2010 in Berlin konnten die Differenzen vorläufig beigelegt werden. Der Kompromiss

lautet: Der Platz der Wirtschaftsregierung ist im Europäischen Rat, in dem alle 27 EU-Mitgliedstaaten vertreten sind. Neue Institutionen werden nicht geschaffen. Dem Präsidenten des Europäischen Rates, Van Rompuy, bleibt es vorbehalten – wenn es die Lage der Eurozone erfordert – Treffen der sechzehn Staats- und Regierungschefs der Eurozone einzuberufen. Darüber hinaus spricht sich Van Rompuy für die Bildung eines „Krisenkabinetts“ aus: Regelmäßigere Treffen höchster wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger sollen in Krisenzeiten die Kommunikation optimieren - vorstellbar wäre eine Einbindung der Präsidenten von Kommission, ECOFIN-Rat, Eurogruppe, EZB und Europäischem Rat. Unzureichend thematisiert scheint in diesem Zusammenhang die Frage der Kohärenz zwischen den Vorschlägen der Arbeitsgruppe und den Vorstellungen zur Governance, wie sie im wirtschaftlichen Reformprogramm „Europa 2020“ entwickelt wurden. Um die endgültige Ausgestaltung der Europäischen Wirtschaftssteuerung wird es noch ein zähes Ringen geben.

- Zweitens werden Instrumente zur Förderung der Haushaltsdisziplin beraten. Der Europäische Rat vom 17. Juni hat der Arbeitsgruppe diesbezüglich Leitlinien an die Hand gegeben. Erstens soll die präventive und korrektive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Anreize und Strafen gestärkt werden. Insbesondere die Form der Sanktionen bleibt jedoch strittig. Diskutiert werden sowohl finanzielle (z.B.: Streichung von Fördermitteln aus dem EU-Haushalt) als auch politische Sanktionen (z.B.: vorübergehender Entzug von Stimmrechten im Ministerrat). Deutschland setzt sich dafür ein, dass zur Stärkung des Sanktionsinstrumentariums auch eine partielle Änderung der Verträge nicht ausgeschlossen wird. Viele andere Mitgliedsstaaten wie auch die Kommission stehen – nach der schwierigen Ratifikation des Lissabon-Vertrags – Vertragsänderungen jedoch kritisch gegenüber. Ferner soll künftig neben dem Haushaltsdefizit der öffentliche Schuldenstand verstärkt in die Beurteilung der fiskalpolitischen Lage eingebracht werden. Zudem sollen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Budgetentwürfe künftig auf europäischer Ebene erörtern bevor sie von den nationalen Parlamenten verabschiedet werden. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten verstärkt für die Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Stabilität der Eurozone bzw. der gesamten EU zu sensibilisieren. Die Budgethoheit nationaler Parlamente soll dabei aber unangetastet bleiben. Inspiriert von der Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz haben die Staats- und Regierungschefs bereits vereinbart,

dass sich die Prinzipien des Stabilitäts- und Wachstumspakts künftig auch in nationalen Haushaltsvorschriften und mittelfristigen Haushaltsrahmen spiegeln sollen, die einer Bewertung von Kommission und Rat unterzogen werden. Schließlich soll die Qualität statistischer Erhebungen verbessert und damit die Voraussetzung für haushaltspolitische Kontrolle sichergestellt werden.

- Drittens wird nach Wegen gesucht, die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen. Einige Länder führten die Spannungen in der Eurozone auf zu große Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zurück. Die französische Finanzministerin hatte von Deutschland sogar mehr Zurückhaltung bei seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Exportorientierung gefordert. Hier legte der Europäische Rat vom 17. Juni zwei Leitlinien fest. Mit Hilfe eines Anzeigers sollen Wettbewerbsfähigkeit und Ungleichgewichte künftig besser beurteilt und damit die Voraussetzung für frühzeitiges Eingreifen geschaffen werden. Für die Eurozone soll es einen Überwachungsrahmen geben, der den Interdependenzen innerhalb der Eurozone Rechnung trägt. Die Überwindung von Ungleichgewichten soll dabei primär Aufgabe der Mitgliedstaaten sein, die an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leiden.
- Viertens wird an einem permanenten Krisenmechanismus gearbeitet. Deutschland hatte im Kontext der Griechenlandkrise einen Europäischen Währungsfonds gefordert, der Instrumente an die Hand geben sollte, präventiv gegenüber Krisenszenarien zu agieren. Denkbar ist, dass die Europäische Finanzstabilität-Fazilität (EFSF), deren Laufzeit auf drei Jahre begrenzt wurde, zu einem solchen permanenten Mechanismus ausgestaltet wird. Umstritten zwischen den Mitgliedstaaten ist auch die Frage, ob eine geordnete staatliche Insolvenz – wie von der Bundesregierung gefordert – Teil eines permanenten Krisenmechanismus sein sollte. Dies würde einen wichtigen Anreiz für solide Haushaltspolitik bedeuten.

Die Arbeitsgruppe soll im Oktober 2010 ihren Abschlussbericht vorlegen. Bis dahin müssen nicht nur noch zahlreiche Reformschritte konkretisiert und Streitpunkte in der Sache ausgeräumt werden. Zudem muss den Bedenken des Europäischen Parlaments Rechnung getragen werden: In einem Entschließungsantrag haben die vier stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament mit Blick auf die Rolle des Europäischen Rats die Staats- und Regierungschefs davor gewarnt, die Gemeinschaftsmethode zu verlassen.

Der Kommission müsse mehr Verantwortung übertragen und das Parlament als gleichberechtigter Partner des Rates behandelt werden.

FINANZMARKTREGULIERUNG

Die Reform von Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte bestimmt seit Beginn der Wirtschaftskrise die Debatte in Brüssel. Unzureichende Vorkehrungen auf EU-Ebene werden als ein Grund für die Ausweitung der Krise betrachtet. Auf der Grundlage von Beschlüssen des Europäischen Rates hat die Kommission dazu eine Reihe von Initiativen ergriffen, die teilweise schon bzw. noch im Gesetzgebungsverfahren sind, teilweise erst im Stadium der Konsultation oder Vorbereitung. Die folgenden Reformvorschläge werden aktuell in Brüssel diskutiert:

- Auf der Basis des Larosière-Reports hat die Europäische Kommission die Einrichtung dreier neuer Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere, sowie einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken vorgeschlagen. Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Wirtschaft und Währung verabschiedete am 10. Mai die entsprechenden Berichte. Darin fordert das Parlament ein robusteres europäisches Aufsichtssystem als von Kommission und Rat vorgesehen und setzt sich insbesondere für weit reichende Durchgriffsrechte der EU-Aufsichtsbehörden ein. Geplant ist, das Gesetzespaket in erster Lesung im Juli 2010 zu verabschieden, damit die neuen Aufsichtsbehörden im Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen können.
- Mit einer Richtlinie zu Alternativen Investmentfonds, darunter Hedgefonds, will die EU für mehr Transparenz und Kontrolle auf dem Finanzmarkt sorgen. Fast zeitgleich konnten am 17. bzw. 18. Mai der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Parlaments sowie der Rat der Finanzminister (ECOFIN) ihre jeweiligen Vorstellungen festlegen. Doch bestehen noch Differenzen zwischen Parlament und Rat hinsichtlich der Zulassung von Fonds aus Drittstaaten. Ferner setzt sich das Parlament für eine differenzierte Regulierung nach Fondstypen ein. Die Fronten haben sich mittlerweile verhärtet. Ziel bleibt eine rasche Einigung, sodass die Richtlinie 2012 in Kraft treten kann.
- Zudem wird eine Aufsicht von Rating-Agenturen angestrebt. Die Kommission hatte dazu am 2. Juni einen Verordnungsentwurf vorgelegt. Dieser sieht vor, die Aufsicht bei der geplanten Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde anzusiedeln. Sie soll weit reichende Durchgriffsrechte erhalten und bei

Regelverstößen einmalige und fortlaufende Strafzahlungen verhängen können. Insbesondere geforderte Kompetenzübertragungen von der nationalen auf die europäische Ebene könnten in den kommenden Monaten zu schwierigen Verhandlungen zwischen Parlament und Mitgliedstaaten führen.

- Im Vorfeld des Europäischen Rates haben Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel in einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Barroso eine beschleunigte Umsetzung des Arbeitsprogramms der Kommission zur Regulierung von Derivate-Märkten gefordert. Unterstützung für ein entschlossenes Vorgehen kommt auch aus dem Europäischen Parlament. Die Europaparlamentarier nahmen am 15. Juni einen Bericht von Dr. Werner Langen MdEP zur künftigen Regulierung von Derivate-Märkten an. Er fordert insbesondere ein schärferes Vorgehen gegen Kreditausfallversicherungen (*Credit Default Swaps*, CDS) und erwägt die Möglichkeit eines Verbots. Die Kommission hat für Sommer 2010 eine Gesetzesinitiative zu Derivaten und für September 2010 zu Leerverkäufen – unter Einschluss von CDS – angekündigt.
- Ein letzter strittiger Punkt ist die Forderung nach Einführung einer Bankenabgabe. Entsprechende Vorschläge unterbreitete die Kommission bereits in einer Mitteilung vom 26. Mai: Vorgesehen ist die Einrichtung eines Netzwerks nationaler Abwicklungsfonds, in die Banken präventiv – je nach Insolvenzrisiko – einzahlen sollen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich darauf verständigen können, die Idee einer Bankenabgabe auf dem Treffen der G20 vorzubringen. Sollte das Projekt dort scheitern, so wird eine Einführung in den EU-Mitgliedstaaten erwogen.

Neben der Lösung der Fragen zur akuten Krisenbewältigung, Wirtschaftsgovernance, und Finanzmarktregulierung muss die Europäische Union nun die richtige Balance zwischen, fiskalpolitischer Konsolidierung, Exitstrategie und Wiederankurbelung der Wirtschaft finden. Der Juni Gipfel des Europäischen Rates hat erkennen lassen, dass man trotz der schwierigen konjunkturellen Lage in den Mitgliedsstaaten die Lösung nicht in einer weiteren expansiven Haushaltspolitik sieht. Vielmehr ist haushaltpolitische Solidität die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Von dieser Prämisse aus hat der Europäische Rat die „Europa 2020“ genannte Reformstrategie beschlossen. Sie setzt fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie, Bildung sowie soziale Eingliederung. Diese sollen durch koordinierte Strukturrefor-

men erreicht werden, deren Richtung durch zehn Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung vorgegeben werden. Ausschlaggebend für den Erfolg der Strategie wird sein, wie die Vorgaben auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten werden bis Herbst 2010 Reformprogramme entwickeln, die nationale Zielsetzungen enthalten und Engpässe für Wachstum identifizieren. Die Kommission wird bis Ende 2010 – über die bereits am 19. Mai vorgelegte Mitteilung zur Digitalen Agenda hinaus – weitere Mitteilungen zu den Leitinitiativen der Strategie in die Diskussion bringen.

Die EU hat sich mit diesen Entscheidungen gute Chancen geschaffen, gestärkt aus der Krise herauszukommen. Sie hat intensiv mit sich selbst gerungen, kann sich aber am Ende mit einer einheitlichen konstruktiven Haltung in die Verhandlungen des G20-Gipfels in Toronto am 26./27. Juni 2010 einbringen.

*Dr. Peter R. Weilemann | Joscha Ritz | Olaf Wientzek
KAS-Europabüro Brüssel
25.06.2010*

FRANKREICH

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Stimmungslage der deutsch-französischen Beziehungen, zumindest im Bild der Medien beider Länder, stark beeinträchtigt. Dazu beigetragen hat die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde, als sie im Frühjahr 2010 mehr Binnennachfrage in Deutschland zugunsten defizitärer EU-Mitgliedsstaaten einforderte. Zwar zeichne sich das deutsche Wirtschaftsmodell mit seinen Handelsüberschüssen durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aus, dennoch müssten die europäischen Wirtschaftsmodelle mit Blick auf die Solidität innerhalb des gesamten Euroraums ausgerichtet werden. Damit war der Weg für bilaterale Unstimmigkeiten bereitet. Es gab und gibt bei der Behandlung der Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen beiden Ländern jedoch eine wesentlich breitere politische Übereinstimmung, als in der öffentlichen Berichterstattung zum Ausdruck kommt. Dies legen auch mehrere hochrangige Foren der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) nahe, die sich in den letzten Wochen in Paris mit dem Thema befassten. Allerdings besteht noch keine volle Einigkeit über die künftige wirtschaftspolitische Rolle Europas. Dies beruht auf unterschiedlichen ordnungs- und strukturpolitischen Grundauffassungen, die sich im historischen Kontext anders entwickelten und sich in verschiedenen Wirtschaftsmodellen manifestieren.

DEUTSCHLAND-FRANKREICH: ORDNUNGSPOLITISCHE UNTERSCHIEDE UND GEMEINSAMKEITEN

Die seit der Behandlung der Finanzkrise Griechenlands aufgetretenen Irritationen (die in ähnlicher Weise bereits im Spätsommer 2008 auftraten) spiegeln unterschiedliche ordnungspolitische Positionen wider. Sie beruhen in Deutschland auf den Grundsätzen der nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eingeführten Sozialen Marktwirtschaft, die mit einer durch die traumatischen Erfahrungen zweier Währungsreformen sehr spezifischen Stabilitätskultur versehen wurde. In Frankreich bildete sich demgegenüber in Fortsetzung der bestehenden, eher merkantilistischen Strukturen ein Wirtschaftsmodell heraus, das durch staatliche Strukturlenkung, Industriepolitik und Protektion-

nismus gekennzeichnet war. Es betonte einen interventionistischen Staat. Die sich auf marktwirtschaftlicher Grundlage vertiefende europäische Integration führte in Frankreich allerdings seit Anfang der 1980er Jahre zwangsläufig zu marktwirtschaftlichen Modernisierungs- und ordnungspolitischen Anpassungsschüben, die jedoch auch politisch gewollt waren. Sie erfolgten durch die Umsetzung der Wettbewerbsvorschriften des EWG-Vertrags, der Kartellrechtspraxis des Europäischen Gerichtshofes, der europäischen Außenhandelspolitik, des Binnenmarktprogramms und des Europäischen Währungssystems. Dadurch ergab sich in Frankreich eine Annäherung an deutsche wirtschaftspolitische Vorstellungen und eine Angleichung bilateraler deutsch-französischer wirtschafts-politischer Interessen in Europa. Beides verstärkte sich in den letzten beiden Jahren durch die in Deutschland durchgeführten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Banken und Unternehmen (2008), die Konjunkturförderungsmaßnahmen (2009) sowie das nach der Bundestagswahl 2009 verkündete Steuersenkungspaket zur Nachfragebelebung.

Dennoch gab Frankreich sein historisch gewachsenes und dem gegebenen Verfassungsmodell entsprechendes Leitbild einer politisch gesteuerten Wirtschaft nicht auf. Es äußert sich auch heute noch in gelegentlichen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft. Nach Auffassung vieler stellte daher der negative Ausgang des Referendums zum Europäischen Verfassungsvertrag von 2005 folgerichtig die Ablehnung der französischen Bevölkerung der ihrer Ansicht nach zu wirtschaftsliberalen Europas dar. So hat sich Frankreich nie vollständig mit der Unabhängigkeit der nach dem deutschen Modell entworfenen Europäischen Zentralbank (EZB) abgefunden, deren monetären Spielregeln sich das Land unterwerfen musste. Paris hält ebenso an der Notwendigkeit einer Industriepolitik auf nationaler und europäischer Ebene fest und beklagt deren Eingrenzung durch strenge europäische Regeln. Französische Politiker kritisieren, wie kürzlich auf einem KAS-Forum in Paris, die stringenten Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspakts und schlagen eine wesentlich flexiblere Gestaltung vor.

In diesem Sinne ging und geht es Frankreich um die institutionell-kordinierende Einführung einer Art wirtschafts- und finanzpolitischen Globalsteuerung Europas, die „gouvernement économique“, also „Wirtschaftsregierung“ genannt wird. Ihre Aufnahme in den Amsterdamer Vertrag scheiterte bereits 1997 am Widerstand verschiedener Mitgliedsländer. Der Vorschlag wurde von Paris im Frühjahr 2010 wiederum in die europäische Debatte über die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise eingebracht.

Dennoch: Trotz aller wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Unterschiede zeigt sich in der gegenwärtigen Krise, dass die Interessen von Frankreich und Deutschland sehr ähnlich sind, da Wachstum und Beschäftigung hier wie dort von einer freien Marktwirtschaft, aber auch einem geregelten Finanzsystem abhängen. Beide Regierungen benötigen finanzielle Handlungsspielräume, die nur mit einer Rückkehr zur Haushaltsstabilität möglich sind. Beide Länder haben ähnliche Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet. Auch bei der strategischen Vorbereitung der jüngsten G20-Treffen bestanden gemeinsame Interessen und Initiativen im Hinblick auf Reformen im internationalen Finanzsektor (Finanzmarkttransaktionssteuer, Bankenabgabe). Frankreich und Deutschland vereinbarten am 14. Juni 2010, die wirtschafts- und haushaltspolitischen Angelegenheiten im Rahmen der 27 EU-Mitgliedsländer stärker zu koordinieren.

Demgemäß entsprechen die in den vergangenen Monaten in den Medien beschriebenen „tiefen Gräben“ zwischen beiden Ländern nicht der Realität. Vielmehr gilt auch für die Wirtschafts- und Ordnungspolitik, was der saarländische Innen- und Europaminister Stephan Toscani vor einem Monat bei einer KAS-Veranstaltung in Paris über das deutsch-französische Verhältnis sagte: „Unterschiedliche Interessen formen sich durch Kompromisse zu einem einheitlichen deutsch-französischen Interesse und oft entsteht daraus ein gemeinsames Projekt.“

REAKTIONEN AUF DIE GRIECHENLAND-KRISE UND DAS RETTUNGSPAKET

Der einflussreiche französische Ökonom Marc Touati kritisierte Mitte März 2010 in einem Interview, Deutschland habe die Griechenland-Krise überhaupt erst richtig entfacht. Das deutsche Zögern habe die Büchse der Pandora geöffnet, wodurch die Zahlungsunfähigkeit des Mittelmeerrainers zu einer realen Möglichkeit wurde und die Spekulanten auf den Plan gerufen wurden. Am 15. März 2010 äußerte die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde Kritik am deutschen Wettbewerbsmodell in einem Interview mit der *Financial Times*.

Am 25. März 2010 stimmten die Finanz- und Regierungschefs der Eurogruppe einem Hilfsplan für Griechenland zu. Während sich der französische Staatspräsident sogleich mit Griechenland solidarisch erklärt hatte, vermissten die französischen Medien eine deutliche deutsche Solidaritätserklärung. So kritisierte *Le Monde* am 9. Mai 2010¹, dass europäisch sein für Deutschland hingegen lediglich die Eigenverantwortung eines jeden EU-Mitglieds bedeute. Dem Zögern der deutschen Bundeskanzlerin wurden in der französischen Presse teilweise harte Worte zuteil, was im Gegensatz zu der deutlichen Sympathie stand, die ihr von den hiesigen Medien zum Zeitpunkt ihrer Wiederwahl als Bundeskanzlerin im September 2009 noch entgegengebracht wurde. Ab Anfang 2010 schmückte die französische Tagespresse Angela Merkel zunehmend mit Beinamen wie „Madame Nein“, „Nympe Calypso“ oder „Blechkanzlerin“.² Sie sei die Bremse innerhalb des EU-Apparates, habe das europäische Boot auf ein Riff gesetzt und zeige zu wenig Standhaftigkeit und Solidarität. Zudem versuche sie, eine Zusage bis nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 hinauszuzögern.

Andere Stimmen zeigen wiederum Verständnis für „den deutschen Unwillen“, nach zehn Jahren harter Reformen und Sparprogrammen nun für die Misswirtschaft anderer EU-Länder „verantwortlich“ zu zeichnen. Während Deutschland Maßnahmen wie die Verlängerung der Arbeitszeit, die Reduzierung der Arbeitslosenbezüge sowie die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durchgesetzt habe, seien in Frankreich die 35-Stunden-Woche eingeführt sowie das Renteneintrittsalter von 65 auf 60 Jahre abgesenkt worden, gab Pierre Lellouche, Staatsminister für Europaangelegenheiten im französischen Außenministerium, zu bedenken. Vereinzelt zeigten Kommentare Verständnis für das deutsche politische Primat eines ausgeglichenen Haushalts und befürworteten auch für Frankreich die Anwendung einer „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild.³

In einem gemeinsamen Brief vom 6. Mai forderten Nicolas Sarkozy und Angela Merkel von den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eine strengere Regulierung des Euro-Raumes. Merkel räumte im Bundestag ein, dass der Euro in Gefahr sei. Bereits einige Tage zuvor stimmte die Assemblée nationale für das Hilfspaket, woraufhin sich der griechische Ministerpräsident Papandreou telefonisch bei Nicolas Sarkozy für dessen konstante Unterstützung bedankte. Er werde in Griechenland als Retter gefeiert, ließ Sarkozy während seiner China-Reise Anfang Mai 2010 durchklingen. Wie er weiterhin ausführte, habe die deutsche Kanzlerin die schwierige Situation

von Anfang an erfasst, jedoch die öffentliche Meinung in Deutschland berücksichtigen müssen. Daher müsse Frankreich nun zunehmend eine Führungsrolle innerhalb der EU einnehmen.⁴

Für Erstaunen sorgte in Paris Mitte Mai 2010 die deutsche Initiative, mit sofortiger Wirkung ungedeckte Leerverkäufe von Staatsanleihen der Eurozone zu verbieten. Sie wurde in den französischen Medien als Alleingang bezeichnet. Finanzminister Wolfgang Schäuble rechtfertigte den Vorstoß damit, dass eine europäische Entscheidung zu dem Thema sich erst für Oktober 2010 ankündige.⁵ Medienberichte bezeichneten Deutschlands Handeln als ein Indiz für das wenig geeinte Europa – Merkel spiele „Terminator“ mit den Finanzmärkten, polemisierte *Le Monde*.⁶ Der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing hingegen wies diese Vorwürfe zurück und nannte die deutsche Initiative verständlich, da Deutschland zuvor mehrfach ein entsprechendes Verbot auf internationaler Ebene ergebnislos angeregt habe.⁷

Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass Ende Mai und Anfang Juni 2010 französische Medien immer mehr darauf hinwiesen, dass die Euro-Krise sich auch in eine deutsch-französische Krise gewandelt habe. Stimmen in Deutschland warnten demgegenüber von einer Unterschätzung französischer Sensibilitäten.⁸

REAKTIONEN AUF DEN EURO-RETTUNGSSCHIRM

Der am 7. Mai im Eilverfahren beschlossene Rettungsschirm wurde in den deutschen Medien überwiegend als Bruch des Wachstums- und Stabilitätspaktes und damit der Euro-Stabilitätskultur gewertet. Dies war in Frankreich nicht der Fall. Weder in der Öffentlichkeit, noch im parlamentarischen Verabschiedungsverfahren fand über das Paket eine inhaltliche Debatte statt.

In der Folge strebten die meisten europäischen Länder eine restriktive Haushaltspolitik an. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich am 7. Mai 2010 auf den deutschen Vorschlag verpflichtet, ihre Haushalte im Rahmen des Stabilitätspaktes beschleunigt zu konsolidieren. Eric Le Boucher, ein bekannter Wirtschaftsjournalist, führte dazu aus, dass die Ursache der explodierenden Haushaltsdefizite in der Euro-Krise liege und nicht, wie Deutschland glaube, die Gründe der Krise in den defizitären Haushalten steckten.⁹

Ebenfalls am 7. Mai 2010 kündigte Frankreichs Premierminister François Fillon ein sofortiges Einfrieren der Staatsausgaben an, um bis 2013 das französische Haushaltsdefizit unter die von Brüssel geforderten 3 Prozent des BIP zu senken. Die dafür notwendigen Einsparungen von 100 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren will die französische Regierung vor allem durch Kürzungen im Etat, durch Nichtbesetzung freierwerdender staatlicher Stellen und durch Abschaffung von Steuernischen umsetzen. Steuererhöhungen werden ausgeschlossen. Auf einer im Elysée am 20. Mai 2010 einberufenen Defizitkonferenz kündigte Sarkozy an, das Haushaltsdefizit von 8 Prozent des BIP in 2010 auf 6 Prozent in 2011 zu senken.

Darüber hinaus, so der Präsident, sollen künftige Regierungen durch eine in der Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zur Angabe eines Schuldenziels für die jeweilige Legislaturperiode stärker in die Pflicht genommen werden. Für dieses Vorhaben ist allerdings die parlamentarische Zustimmung noch nicht sicher.¹⁰

Mitte Juni 2010 mahnte die EU-Kommission Frankreich an, umfassende Maßnahmen zur Reduzierung der Neuverschuldung zu formulieren. Im Übrigen gehe die französische Planung von einem zu positiven Wachstumsszenario aus. Der Elysée bekräftigte, bis Herbst 2010 konkrete Sparpläne und konkrete Sparziele für den Haushaltsplan 2011 zu benennen.

MÖGLICHE ÄNDERUNG DER EU-VERTRÄGE

Die im Zusammenhang mit der Behandlung der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Frankreich immer wieder diskutierte Frage ist, ob die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon ausreichen, politische und institutionelle Veränderungen vorzunehmen. Die deutsche Haltung geht aus der Regierungserklärung vom 19. Mai 2010 klar hervor – für eine effektive, neue europäische Stabilitätskultur für Währung und Staatsfinanzen sei eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes notwendig. In Brüssel wurde dieses Thema jedoch eher ablehnend gesehen.

Der französische Europapolitiker Pierre Lellouche vertrat bei einer KAS/Ifri-Veranstaltung Ende Mai 2010 die Ansicht, dass die Bestimmungen des Vertrages von Lissabon bereits durch die EU-Rettungspakete entscheidend verändert worden seien. Er bezog sich somit in Übereinstimmung mit der deutschen Position auf die sogenannte „No bail out-Klausel“, die Gegenstand des Artikels 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union sei. Dieser Artikel lege fest, dass kein EU-Mitgliedsstaat für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedsstaates hafte. Andere

französische Politiker, so z. Bsp. der frühere Ministerpräsident Édouard Balladur, verwiesen auf die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die in Abhängigkeit von der Schuldenquote temporär und den Umständen wie Möglichkeiten einzelner Länder entsprechend modifiziert werden müsste. Damit sei die notwendige Flexibilität der seiner Ansicht nach zu harten Kriterien möglich. Der frühere Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors schlug hingegen vor, „einen Pakt, der den Stabilitätspakt ergänzt“, zu schließen und somit verbindliche Regelungen festzulegen.

Der Vorsitzende des Europaausschusses des französischen Parlaments, Pierre Lequiller, führte auf dem hochrangig besetzten Zukunftsdialog zu Europa der KAS und der Robert-Schuman-Stiftung am 22. Juni 2010 in Paris aus, dass Frankreich aktiv „in den Stabilitätspakt zurückkehren“ wolle. Anstatt die bestehenden Verträge zu ändern, solle vielmehr eine enge Koordination und Abstimmung der Finanzpolitik auch auf parlamentarischer Ebene im Rahmen der Haushaltsausschüsse erfolgen.

Bei derselben Veranstaltung gab EU-Kommissar Günther Oettinger zu bedenken, dass bei der Ausgestaltung des Vertrags von Lissabon noch Unklarheiten bestünden. Die EU verfüge mit diesem Vertrag jedoch über ein wichtiges Instrument, das bestmöglichst angewandt werden müsse. Dafür sei jedoch eine deutsch-französische Federführung notwendig. Europa werde nur funktionieren, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit harmonisiere.

Letztlich stellte Oettinger fest, dass Europa keine Wirtschaftsregierung benötige. Viel wichtiger sei die Frage, wie Europa sein Erfolgsmodell sichern könne.

EINE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS-REGIERUNG?

Der Gedanke einer Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene wurde vor der Einführung des Euros von Frankreich in die europäische Diskussion eingebracht. Ihre Grundidee war, innerhalb der Währungsunion mit Hilfe einer geld- und haushaltspolitischen Koordination eine von den Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder politisch festgelegte Konjunktursteuerung zu ermöglichen. In der Folge wurde im Vertrag von Lissabon zwar keine Wirtschaftsregierung, aber eine Eurogruppe festgeschrieben. Trotzdem blieb eine Wirtschaftsregierung ein Thema, das in Frankreich immer wieder debattiert wurde.

Angela Merkel sprach sich im Februar 2010 erstmalig für eine europäische Wirtschaftsführung aus, betonte aber, dass diese auf der Ebene aller 27 EU-Mitgliedsstaaten angesiedelt sein müsse. Anfang Juni äußerte sich auch der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, positiv gegenüber einer europäischen Wirtschaftsregierung. José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, erinnerte hingegen daran, dass eine solche Wirtschaftsregierung im Vertrag von Lissabon nicht vorgesehen sei, und lehnte sie daher ab.

Trotz der lebhaften Diskussion sind in Paris kaum präzise Einzelheiten zur Ausgestaltung der französischen Position bekannt und es gibt kein offizielles Regierungsdokument, das über die recht vagen und sich z.T. widersprechenden Erklärungsversuche französischer Politiker hinausgeht.

In einer Rede in der Humboldt-Universität zu Berlin am 10. März 2010 skizzierte der französische Premierminister François Fillon Struktur und Ziele einer möglichen Wirtschaftsregierung. Sie solle auf nationaler sowie gemeinschaftlicher Ebene angesiedelt sein und dem Wachstum und der Beschäftigung, gewissermaßen als verbindliche Priorität, dienen. Auf diese Weise sei eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedsländer möglich. Das Wachstum müsse in den europäischen Ländern gleichmäßig auf Exporten und Binnennachfrage beruhen. Dieses Wachstumskonzept sei von allen EU-Ländern gleichermaßen anzuwenden.¹¹ Christine Lagarde erklärte im Juni 2010, dass die von Frankreich vorgeschlagene Wirtschaftsregierung lediglich eine bessere Koordinierung, mehr Zusammenarbeit und eine effektivere Abstimmung beabsichtige, während Staatspräsident Sarkozy nach dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin am 14. Juni 2010 sie als ein Instrument definierte, um „eine stärkere Kohärenz in der Finanz-, der Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu finden.“

Viele Worte, wenig Klarheit. Die möglichen aber miteinander sehr unterschiedlichen wirtschafts- und ordnungspolitischen Eckpunkte einer Wirtschaftsregierung nach französischen Vorstellungen hat Henrik Uterwedde wie folgt eingekreist¹²:

1. Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen den Regierungen und der EZB als mögliches Gegengewicht zur EZB
2. Verstärkung der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie auf EU-Ebene

3. Schaffung eines einheitlichen politischen Willens zu Kohärenz und Legitimität der europäischen Geldpolitik
4. Einbettung der unabhängigen EZB in einen politischen Rahmen
5. Infragestellung der Unabhängigkeit und der stabilitätspolitischen Zielsetzung der EZB.

Das deutsch-französische Gipfeltreffen am 14. Juni 2010 in Berlin wurde aufmerksam in der französischen Presse und Politik verfolgt. Nicolas Sarkozy und Angela Merkel legten ein allgemeines Konzept einer Wirtschaftsregierung der 27 vor, das keine neuen Institutionen vorsieht und insoweit von dem französischen Vorschlag eines ständigen Generalsekretariats in Brüssel abweicht. Sarkozy stellte fest, dass das Vorhaben pragmatisch bleiben müsse und es daher nicht sinnvoll sei, die EU weiter zu institutionalisieren. Die Gemeinschaft brauche eine stärkere wirtschaftliche Führung als man sie derzeit habe, und eine solche solle sich aus den Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder zusammensetzen, betonte die Bundeskanzlerin. Es sei wichtig, Europa nicht in Euro-Länder und Nicht-Euro-Länder, in „Mitglieder erster und zweiter Klasse“ zu spalten. Bei Bedarf seien Sondertreffen der politischen Entscheidungsträger der Eurozone jedoch möglich.

Dieser deutsch-französische Kompromiss bedarf jedoch noch einer Ausformung in Brüssel.

Die Diskussion um eine Wirtschaftsregierung wurde und wird auch außerhalb Europas verfolgt. So sieht einer der weltweit erfolgreichsten Ökonomen, der aus Indien stammende und in den USA lehrende Jagdish Bhagwati, keine Notwendigkeit für eine europäische Wirtschaftsregierung. „Im Prinzip reicht es, wenn man die Staatshaushalte angleicht. Man braucht keine allgemeine Überwachung der Wirtschaftspolitik. Die Franzosen hätten das gerne, weil sie eine Regierung für ganz Europa wollen.“¹³

Auch die französischen Teilnehmer an den von der KAS in Paris durchgeführten Diskussionsforen lehnten mehrheitlich eine institutionalisierte europäische Wirtschaftsregierung ab. Vordringlich sei, so auch der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering, am 23. Juni 2010 bei einer vom Präsidenten des französischen Parlaments einberufenen Veranstaltung, dass Europa wieder zu den Stabilitätskriterien zurückkehre, womit er auf die großen Erfolge der Gemeinschaftswährung verwies. Für die Krisenbewältigung müssten vermehrt die Instrumente des EU-Grundlagenvertrags von Lissabon genutzt werden.

ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN PROJEKTS

Wie die im Mai 2010 vorgelegte KAS/Ifri-Studie *Deutschland – Frankreich: Fünf Visionen für Europa* darstellt, liegen den meisten deutsch-französischen Krisen der letzten Jahre unterschiedliche Positionen in europäischen Fragen zugrunde. Beiden Ländern ist jedoch bewusst, und das zeigen auch die von der KAS durchgeführten Dialoge in Frankreich, dass es nunmehr gilt, den Vertrag von Lissabon umzusetzen und insbesondere auch die Parlamente beider Staaten stärker an den Entscheidungsprozessen der EU zu beteiligen. Dazu sind verstärkte Debatten und Dialoge zwischen den nationalen und europäischen Abgeordneten beider Länder wünschenswert und notwendig. Darüber hinaus bedarf eine europäische Gesetzgebung einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag und dem französischen Parlament. Dies haben die Fraktionsvorsitzenden der UMP und der CDU/CSU Ende letzten Jahres neben einer bilateralen Gesetzesinitiative beschlossen. Erfreulicherweise hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen beider Parlamente, insbesondere den Europaausschüssen, verstärkt.

Wie schwer es manchmal jedoch sein kann, die europäischen Interessen auf einen Nenner zu bringen, zeigt die Bewältigung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise im gesamteuropäischen Kontext. Für ihre Lösung ist eine deutsch-französische Übereinstimmung notwendig. Ohne entsprechende bilaterale Vereinbarungen zwischen beiden Ländern sind, wenn überhaupt, nur mühsame Fortschritte möglich. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zeigt die europäische Entwicklung, dass Krisen ein Bestandteil des Integrations- und Vertiefungsprozesses sind. Dies ergibt sich alleine aus der nationalstaatlichen Interessenlage. Das Hauptziel muss deshalb bleiben, dass Europa aus jeder Krise gestärkt hervorgeht, was in der Vergangenheit immer der Fall gewesen ist. Der deutsch-französische Motor wird in dieser Logik weiterhin eine entscheidende Rolle spielen und die Zukunft des europäischen Projekts sichern.

Jörg Wolff | Laura-Theresa Jaspers | Adrian Sonder
 KAS-Auslandsbüro Paris
 15.07.2010

- 1| Vgl. „L'Allemagne paiera tout compte fait“, in *Le Monde* vom 09.05.2010.
- 2| Vgl. *Le Figaro* und *La Croix* vom 26.04.2010, *Libération* vom 27.05.2010.
- 3| Vgl. *Le Monde* vom 20.05.2010.
- 4| Vgl. *Le Monde* vom 09.05.2010.
- 5| Vgl. *Le Figaro* vom 21.05.2010.
- 6| Vgl. *Le Monde* vom 21.05.2010.
- 7| Vgl. *Le Monde* vom 01.06.2010.
- 8| Vgl. Beitrag „Umgang mit der Euro-Krise belastet deutsch-französisches Verhältnis“ der ARD-Tagesthemen vom 08.06.2010.
- 9| Vgl. *Les Échos* vom 18.6.2010.
- 10| Vgl. *Le Figaro* und *Le Monde* vom 20.5.2010.
- 11| Vgl. <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article4621> [22.6.2010].
- 12| Vgl. Henrik Uterwedde, *Europa als Ersatz des Nationalstaates? Frankreichs politisches Verständnis der europäischen Wirtschaft* (München: Hans-Seidel-Stiftung e.V., 2009) 48.
- 13| Interview „Die Franzosen geben gern deutsches Geld aus“ auf <http://www.faz.net> [20.06.2010].

GROSSBRITANNIEN

Großbritannien wird allgemein nicht zu den EU-Mitgliedsstaaten gezählt, die zu den glühenden Verfechtern einer tieferen Integration der Europäischen Union gehören. Im Großen und Ganzen gilt das unabhängig von der jeweiligen Regierung. Allerdings hat sich die Euroskepsis innerhalb der konservativen Partei (Tories) in den langen Oppositionsjahren noch weiter ausgebreitet, als sie schon unter der Zeit von Margaret Thatcher ausgeprägt war. Vor diesem Hintergrund prägte das Europathema schon den britischen Wahlkampf im April dieses Jahr. Es wurde von der Labour Party und auch von den Liberaldemokraten davor gewarnt, die Tories zu wählen. Angesichts der Krise sei die konstruktive Zusammenarbeit der EU-Länder entscheidend. Nicht zuletzt durch den Austritt der Tories aus der Fraktionsgemeinschaft der größten Fraktion im EU-Parlament, der EVP (Europäische Volkspartei), hätten die Tories aber die letzten Freunde in Europa verloren. Sie würden somit keine Verbündeten haben, um Vorschläge innerhalb der EU mehrheitsfähig zu bekommen und britische Interessen zu wahren. Trotzdem erhielten die Konservativen bei der Parlamentswahl am 6. Mai 2010 in Großbritannien eine deutliche Mehrheit.

Das Wahlergebnis bestätigte allerdings die Befürchtungen, dass keine Partei eine absolute Mehrheit bekommen könnte. Es gab ein so genanntes „Hung Parliament“ und die Suche nach einer stabilen Regierung begann. Am Ende fand sich die einzig mögliche Koalition, die klare Mehrheitsverhältnisse sichert, eine Koalition aus der konservativen und der liberaldemokratischen Partei. Aber in der Europafrage könnten die Koalitionäre unterschiedlicher nicht sein. Denn anders als die Tories sind die Liberalen ausgesprochen europaorientiert. Somit könnten EU-Themen zum Sprengstoff für die Koalition werden. Genauso aber könnte dieses Bündnis helfen, eine pragmatische, lösungsorientierte Europapolitik seitens der britischen Regierung zu entwickeln.

Bis jetzt spricht vieles für den zweiten Fall. Anstelle des euroskeptischen Mark Francois, der bislang Europaminister im Schattenkabinett der Konservativen

war, ernannte der britische Premier Cameron David Lidington, der als gemäßigt gilt. Cameron machte darüber hinaus von Beginn an deutlich, dass seine Regierung eine aktive Rolle auf der europäischen Bühne spielen wird. Er möchte auf konkreten politischen Feldern wie Klimaschutz und Entwicklungshilfe Fortschritte in der EU-Politik erreichen. Natürlich wird er auf britische Interessen achten – wie andere EU-Mitgliedsstaaten auch. Ein absolutes „NO“ gibt es dann, wenn Entscheidungsmacht von London nach Brüssel transferiert werden sollte. Nicht generell eine Vertragsänderung ist der springende Punkt, sondern die Frage der Verlagerung von Souveränität. Für so einen Fall ist zwingend die Abhaltung eines Referendums in die Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden.

Dass die Finanzkrise zum Handeln zwingt und man gemeinsam nach neuen Regeln suchen muss, die die Wiederholung solch einer Krise ausschließen, wird allerdings von der liberal-konservativen Koalition geteilt. So wird der Vorschlag einer Bankenabgabe zusammen mit Deutschland und Frankreich unterstützt, auch wenn die konkrete Ausgestaltung sich in den drei Ländern unterscheiden dürfte. Und auch der Debatte um eine bessere Bankenaufsicht ist man in Großbritannien aufgeschlossen gegenüber. Der neue Finanzminister Georg Osborne, der mit 39 Jahren einer der jüngsten Kabinettsmitglieder und der jüngste britische Finanzminister seit 120 Jahren ist, hat in seiner ersten Rede in der Londoner City am 16. Juni 2010 eine weitreichende Strukturreform der Aufsichtsbehörden angekündigt. Die volle Verantwortung für die Bankenaufsicht wird innerhalb der nächsten zwei Jahre auf die Bank of England zurückgehen. Die jetzige Finanzaufsichtsbehörde (FSA) wird abgewickelt. Sie hat in den Augen des Finanzministers in der Finanzkrise in schlimmer Weise versagt. Durch die künftige Konzentration der Aufsicht und Regulierung auf die Bank of England wird nach den Vorstellungen Osborne eine Institution in Großbritannien existieren, die den Gesamtüberblick über Verschuldung und Risiken hat und entsprechend rechtzeitig Gegenmaßnahmen vorschlagen und ergreifen kann.

Großbritannien gehört nicht der Euro-Zone an – ein Umstand, der im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise und den nachfolgenden Entwicklungen nicht vergessen werden darf. Anfangs konnte man in politischen Kreisen Londons noch so etwas wie Schadenfreude, zumindest aber Genugtuung erleben, dass man dem Euro nicht beigetreten ist. Schon bald aber wurde klar, dass das Land kein Interesse an einem schwachen Euro haben kann. 55 Prozent der Exporte Großbritanniens gehen in die Euro-Zone. Das Rettungspaket für Griechenland wurde deshalb auch positiv begleitet – allerdings ohne Eigenbeteiligung. Es wurde keine Blockade vor die Griechenlandhilfe gelegt, aber die britische Regierung schloss aus, dass sie sich am Rettungspaket finanziell beteiligen wird. Das gleiche galt für den Euro-Rettungsschirm: „Großbritannien wird keinerlei Rolle spielen bei der Schaffung eines Fonds, der strauchelnden Wirtschaften innerhalb der Eurozone helfen soll“, so der noch-Finanzminister Darling (Labour) nach der Nachtsitzung des EU-Finanzministerrates am 9. Mai 2010.¹

In der Frage, ob die EU neue Institutionen benötigt, um die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten besser überwachen und koordinieren zu können, nimmt Großbritannien erwartungsgemäß eine skeptische Haltung ein. Die Überlegungen des EU-Präsidenten Herman Van Rompuy, die Regierungen der 27 Mitgliedstaaten sollten vor der Abstimmung in ihren Parlamenten den Haushaltsentwurf Brüssel zur Überprüfung vorlegen, erfuhren eine klare Absage. David Cameron nutzte seine erstmalige Teilnahme am EU-Rat am 17. Juni 2010, um hervorzuheben, dass zuerst das britische Parlament den Haushaltsentwurf vorgelegt bekommt und niemand sonst. In der britischen Presse wird gewürdigt, dass sich der Prime Minister sicher auf dem europäischen Parkett bewegt und es schafft, britische Interessen zu wahren, ohne gleich die europäischen Partner zu verprellen. In diesem konkreten Fall dürfte allerdings geholfen haben, dass Großbritannien nicht das einzige Land war, das Rompuy Vorschläge nicht teilte.

Nicht strittig ist dagegen die Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, das Haushaltsdefizit und die Schuldenlast abzubauen. Die Konservativen haben bereits im britischen Wahlkampf darauf aufmerksam gemacht, dass Großbritannien mit einem Haushaltsdefizit von rund 180 Milliarden Euro im laufenden Haushalt ein vergleichbar großes Problem hat wie Griechenland. Die Gesamtverschuldung liegt mit rund 80 Prozent GDP dabei nicht in derselben Gefahrenzone. Trotz aller Unpopularität haben die Tories deshalb schon vor der Wahl Sparmaßnahmen schon für 2010 angekündigt. Labour hat stark dage-

gen argumentiert: Die beginnende Wirtschaftserholung würde dadurch aufs Spiel gesetzt und man riskiere eine „double dip recession“, wenn die Einschnitte zu früh und zu tief wären. Angesichts der dramatischen Bedrohung einiger EU-Mitgliedsländer, zahlungsunfähig zu werden, werden allerdings die Unterstützer einer strikteren Sparpolitik in Großbritannien lauter. Die Ansagen der Konservativen während des Wahlkampfes kommen nun der Regierung Cameron zugute. Sie muss sich nicht dem Vorwurf eines Wahlbetrugs aussetzen – mit Ausnahme vielleicht des liberalen Koalitionspartners, der vor der Wahl zu schnelles Sparen ebenfalls abgelehnt hatte. Finanzminister Osborne legte am 22. Juni 2010 einen Eil-Haushaltsentwurf („emergency budget“) vor, der als umfangreichster Sparhaushalt der jüngeren britischen Geschichte betitelt wird. Der Versuch, die Lasten des Sparens gleichmäßig zu verteilen, wird selbst in der gewohnheitsmäßig kritischen Presse gewürdigt. Am schwersten wiegt wohl auf den ersten Blick die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2,5 Prozent auf künftig 20 Prozent und die Erhöhung der Kapitalertragssteuer von 18 Prozent auf 28 Prozent. Aber eine Reihe von Einzelheiten ist noch nicht bekannt. So müssen die Ministerien in den nächsten vier Jahren 25 Prozent einsparen, ausgenommen sind nur der Gesundheits- und Entwicklungshilfebereich. Wie sich das konkret auswirken wird, bleibt abzuwarten. Ebenso, welche weiteren Einsparungen in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Im Herbst wird die Regierung eine Übersicht über die öffentlichen Ausgaben und ihre mögliche Reduzierung vorlegen. Angestrebt werden dabei vor allem strukturelle Reformen.

Der britische Premierminister hat allerdings auch deutlich gemacht, dass alle Beteiligten sparen müssten – die EU eingeschlossen. Eine Erhöhung des EU-Haushaltes ist vor diesem Hintergrund nicht einzusehen. Die Haushaltsverhandlungen versprechen nicht leicht zu werden. Aber eine harte Auseinandersetzung in diesem Punkt und anderen künftigen konkreten Bereichen darf nicht missinterpretiert werden: Die jetzige Regierung Großbritanniens stellt das europäische Projekt nicht in Frage. Sie wird aber wie die Vorgängerregierungen darauf achten, dass die britische Politik vor allem durch britische Politiker bestimmt wird.

Claudia Crawford
Leiterin des KAS-Auslandsbüros London
 25.06.2010

1/ Sky News Online, 10. Mai 2010.

ITALIEN

Italien hat im Zuge der Wirtschafts- und Währungs-krise stets die Bedeutung gemeinsamer europäischer Strategien für deren Überwindung unterstrichen. In der Griechenlandkrise wie auch bei der Einrichtung des Euro-Rettungsschirmes hat die italienische Regierung sich für ein rasches und einheitliches Vorgehen der EU-Länder ausgesprochen. In der Wirtschaftspolitik setzt sich Rom für eine stärkere Integration ein. Diese soll den Beschluss strengerer Regeln zur Bankenaufsicht und die Einführung von Eurobonds zur Stabilisierung der Euro-Zone umfassen. Einer Bankenabgabe und einer Finanztransaktionssteuer steht die Regierung nur unter Vorbehalten positiv gegenüber.

DIE GRIECHENLANDKRISE UND DAS RETTUNGSPAKET DER EU

Die italienische Regierung hat sich in der Griechenlandkrise von Beginn an für den raschen Beschluss eines europäischen Hilfspaketes zur Rettung des Landes eingesetzt. Grund dafür sei – so Außenminister Franco Frattini – dass es hier nicht um die Rettung eines Landes, sondern um die Rettung aller Euro-Länder gehe. Ohne rasches Vorgehen würde sich die Krise ausbreiten und andere Länder ergreifen (*Il foglio*, 27.04.2010). Die Haltung Berlins war aus der Sicht Italiens unverständlich und führte zu einer starken Kritik am Vorgehen der deutschen Bundesregierung und Bundeskanzlerin Merkel in den italienischen Medien. Außenminister Frattini zeigte sich besorgt über die Härte der deutschen Regierung (*Il foglio*, 27.04.2010). Die italienische Tageszeitung *Il foglio* sah einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten der Bundesregierung und den Anfang Mai stattfindenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen und stellte die Frage, warum Bundeskanzlerin Merkel es zulasse, dass ganz Europa zu einer Geisel von Jürgen Rüttgers werde (*Il foglio*, 06.05.2010). Auch Mario Draghi, Präsident der Banca d'Italia, kritisierte Deutschland indirekt, indem er erklärte, dass das lange Zögern einiger Akteure u.a. dazu beigetragen habe, dass sich der wirtschaftliche Schaden, der durch die Griechenlandkrise entstanden sei, erhöht habe („Considerazioni finali“ – Bericht der Banca d'Italia,

31.05.2010). Leider ist festzustellen, dass sich diese Aussagen in der italienischen Öffentlichkeit festgesetzt haben.

Der Beschluss des Hilfspaketes für Griechenland Anfang Mai über eine Gesamtsumme von 110 Milliarden Euro wurde von der italienischen Regierung begrüßt. Rom wird in Form von Krediten insgesamt 5,5 Milliarden Euro beisteuern. Ministerpräsident Silvio Berlusconi und Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti betonten stets, dass durch dieses Hilfspaket sehr großer Schaden von Italien abgewendet werden konnte. Neben der Furcht vor einer Ausweitung der Krise auf Italien trug ein weiterer Faktor entscheidend zur Haltung des Landes bei: Italien befürchtete, zu den sogenannten „PIGS“, also zu den krisengefährdeten europäischen Ländern, gezählt zu werden, was auch bisweilen geschah („PIIGS“). Aus diesem Grund gab sich die italienische Regierung betont verantwortungsbewusst und bemühte sich intensiv um gemeinsame europäische Lösungen. Des Weiteren hat die italienische Regierung am 25. Mai ein Maßnahmenpaket genehmigt, durch welches bis 2012 24 Milliarden Euro eingespart werden sollen. In einem Interview unterstrich Tremonti, dass sich auch in Italien eine Stabilitätsstruktur eingestellt habe (*Corriere della Sera*, 31.05.2010).

Tremonti wies mehrfach darauf hin, dass nicht die „PIGS“ die krisengefährdeten Länder seien, sondern die „FIRE“-Staaten. Dabei bezeichnete Tremonti jene Länder innerhalb des Euro-Raumes, deren Wirtschaftsstruktur auf Finanzdienstleistungen, Versicherungswesen und Immobilienbranche aufbaut (*finance, insurance* und *real estate*). Da Italiens Wirtschaftsstruktur auf kleinen und mittleren Betrieben mit geringer Verschuldungsquote aufbaue und das italienische Bankensystem solider als das anderer Euro-Länder sei, gehöre Italien nicht zu den krisengefährdeten Ländern, so Tremonti (*Corriere della Sera*, 31.05.2010).

Die Diskussion um das Hilfspaket für Griechenland und die Haltung der Bundesregierung haben noch einen weiteren Aspekt: Mario Draghi kann sich – laut Ansicht mehrerer italienischer Zeitungen – wieder verstärkt Hoffnungen auf die Nachfolge von Jean-Claude Trichet an der Spitze der EZB machen, da die harte Haltung Berlins einige Länder verschreckt habe und somit den deutschen Kandidaten für diesen Posten schwäche (*Il Riformista*, 24.06.2010).

DER EURO-RETTUNGSSCHIRM

Zur Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte und zur Sicherung der Liquidität beschlossen die Finanz- und Wirtschaftsminister nach intensiven Verhandlungen im Mai die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds (*European Financial Stability Facility*) mit einem Umfang von 750 Milliarden an Garantien. Davon werden 500 Milliarden von den Euro-Ländern und 250 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds bereitgestellt. Dieser „Rettungsschirm“ sollte im Falle von Liquiditätsengpässen in einzelnen Euro-Ländern eingesetzt werden. Giulio Tremonti begrüßte dessen Einrichtung, durch den Rettungsschirm könne die Liquidität in den Euro-Ländern verbessert und eine Beruhigung der Finanzmärkte erreicht werden. Die Einbindung des IWF stelle einen positiven Aspekt dar und sei von Italien stets mitunterstützt worden. Auch Nationalbankchef Draghi lobte das Verhandlungsergebnis und die neue Rolle der Europäischen Zentralbank und forderte ein rasches und entschiedenes Handeln aller beteiligten Regierungen („Considerazioni finali“ – Bericht der Banca d’Italia, 31.05.2010).

Der Euro-Rettungsschirm stieß in den italienischen Medien auf positives Echo. Befürchtungen, dass Italien durch diese hohen Summen an Garantien zu bezahlen habe, wurden nur vereinzelt geäußert. Es überwog die Meinung, dass nur durch gemeinsame europäische Lösungen die Wirtschaftskrise in Angriff genommen und überwunden werden könne. Obgleich Rom aktuell nicht zu den krisengefährdeten Ländern gehört, stellt der Rettungsschirm natürlich auch eine Garantie der eigenen Liquidität dar.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSREGIERUNG UND ZUKUNFT DER EU

Am 17. Juni legte der Europäische Rat eine Agenda für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der nächsten Jahre vor. Neben der Diskussion über die Strategie „Europa 2020“, die eine Verbindung von Haushaltskonsolidierung und Wachstumsanreizen anstrebt, sprachen die EU-Staats- und Regierungschefs auch über mögliche Änderungen der EU-Verträge und institutionelle Re-

formen. Dabei wurde u.a. beschlossen, in Zukunft die Daten zu den Ausmaßen der Staatsverschuldung in den EU-Ländern stärker zu überprüfen und notfalls präventiv einzugreifen. Italien stimmte dieser Vorgabe erst zu, nachdem sich der Rat darauf geeinigt hatte, bei Betrachtung des Verschuldungsniveaus eines Landes nicht nur die Staatsverschuldung, sondern auch deren Entwicklung und das Verschuldungsniveau der Familien und Unternehmen des jeweiligen Landes miteinzubeziehen. Diese Änderung ist für Italien sehr wichtig, da das Land zwar über die höchste Gesamtverschuldung (gemessen am BIP) verfügt, aber gleichzeitig die italienischen Unternehmen eine niedrigere Verschuldungsquote als der europäische Durchschnitt aufweisen und da die italienischen Familien über Geldersparnisse in der zweifachen Höhe des italienischen BIPs verfügen. Bezieht man noch den Immobilienbesitz der Familien mit ein, beträgt deren Gesamtvermögen rund das Fünffache des italienischen BIP („Considerazioni finali“ – Bericht der Banca d’Italia, 31.05.2010). Dies war mit ein Grund dafür, dass die italienischen Banken weniger Kredite im Ausland aufgenommen hatten und u.a. auch dadurch von der internationalen Finanzkrise weniger hart getroffen wurden. Außenminister Frattini hatte im Vorfeld der Verhandlungen angekündigt, dass Italien sein Veto einlegen würde, sollte es nicht zu einer erweiterten Bewertung der Verschuldung eines Landes kommen (*Il sole 24 ore*, 16.06.2010).

Im Vorfeld des EU-Gipfels war erneut die Diskussion über die Einrichtung einer Europäischen Wirtschaftsregierung aufgekommen. Außenminister Frattini betonte in diesem Zusammenhang, dass „economic governance“ auf EU-Ebene eine Notwendigkeit darstelle, in diese müssten aber alle 27 EU-Mitgliedstaaten miteinbezogen werden und nicht nur die Euro-Länder. Die Griechenlandkrise habe gezeigt, dass eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion nicht funktionieren könne. Eine stärkere Koordination der Wirtschaftspolitik müsse Wettbewerbslücken zwischen den EU-Staaten schließen und Mechanismen zur Erhöhung der Stabilität der gesamten europäischen Wirtschaft umfassen. Der Einführung einer Bankenabgabe stehe Italien grundsätzlich positiv gegenüber, aber diese könne nur durch eine gemeinsame europäische Regelung umgesetzt werden. Allerdings sollte diese in Form einer Besteuerung der Profite umgesetzt werden (Pressemitteilung des Außenministeriums, 16.06.2010).

Der Wegfall der ökonomischen Grenzen innerhalb der EU habe – so Wirtschaftsminister Tremonti – noch nicht zu ausreichenden Veränderungen im politischen Überbau geführt. Eine Währungsunion erfordere

Schritt für Schritt auch eine stärkere Integration im Bereich der Wirtschaftspolitik, um die Stabilität der Währung zu gewährleisten. Ein erster Schritt könne die Ausgabe von Eurobonds sein. Darüber hinaus fordert die italienische Nationalbank eine Reform des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dies beginne bei einer stärkeren europäischen Kontrolle der Staatsfinanzen und reiche bis zur Einführung klarer Sanktionen und deren strikte Umsetzung bei Nichteinhaltung der Vorgaben. Daran müssten sich nachhaltige europäische Wachstumsanreize und Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungs- und Bildungspolitik anschließen („Considerazioni finali“ – Bericht der Banca d’Italia, 31.05.2010). Tremonti erklärte, dass das Prinzip dabei lauten müsse, so viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig zu gewährleisten (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. März).

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in Italien zu einer beachtlichen Stärkung von Wirtschafts- und Finanzminister Tremonti geführt. Er – und nicht Ministerpräsident Silvio Berlusconi – trifft aktuell in Wirtschafts- und Finanzfragen die italienischen Entscheidungen auf europäischer Ebene.

FAZIT

Italien zählt zu jenem Lager, welches in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise die Notwendigkeit zu einer stärkeren Integration der Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene erkennt. Zur Überwindung der Krise müssen die Regierungen der EU-Staaten ihre Haushalte konsolidieren und ein gemeinsames Vorgehen in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik abstimmen. Mit Verweis auf einen Artikel des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors erklärte Tremonti, dass alle dazu beitragen müssten, das Zeitalter der Feuerwehrleute zu beenden und das Zeitalter der Architekten beginnen zu lassen (*Il sole 24 ore*, 17.06.2010).

Markus Goller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
KAS-Auslandsbüro Rom
 25.06.2010

DIE NIEDERLANDE UND BELGIEN

In den Niederlanden und in Belgien stand die Debatte um die Eurokrise im Schatten des Wahlkampfes vor den Parlamentswahlen am 9. bzw. am 13. Juni. Während der öffentliche Diskurs in den Niederlanden starke Ähnlichkeiten zu Deutschland aufwies, prägten in Belgien die Forderungen nach europäischer Solidarität die Diskussion. Allerdings spielten im Wahlkampf europäische Themen nur eine untergeordnete Rolle. Die Finanz- und Wirtschaftskrise trug, verstärkt durch die aktuelle Griechenlanddebatte – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße – dazu bei, dass in beiden Ländern die Frage der Haushaltskonsolidierung sowie der Reformen des Sozialsystems zu einem wichtigen Wahlkampfthema wurde.

DIE NIEDERLANDE

Der Diskurs in den Niederlanden ist nicht zuletzt mit demjenigen in Deutschland vergleichbar, weil einst bei der Einführung des Euros die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der neuen Währung durch das Versprechen einer rigiden Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes besänftigt worden war und die Niederländer zu den größten Nettozahlern der EU gehören. Entsprechend groß war die Abneigung gegen rasche Hilfen für Griechenland durch die EU. Noch im März hatten zahlreiche Parteien, darunter die damals regierenden Christdemokraten des CDA in Person des Finanzministers de Jager deutlich gemacht, dass eine Hilfe für Griechenland durch den IWF und nicht die EU erfolgen sollte. Die Zustimmung zum griechischen Rettungspaket erfolgte dennoch – mit Ausnahme der populistischen PVV, die die Griechenland-Hilfe rundweg ablehnte – durch alle Parteien. Letztlich war die Entscheidung, das Hilfspaket für die Griechen zu verabschieden, auch in den befürchteten negativen Auswirkungen einer griechischen Staatspleite auf niederländische Rentenfonds begründet. Am 7. Mai stimmte das Parlament dem Griechenlandpaket zu, am 11. Mai dem Euro-Rettungsschirm. Die Niederlande beteiligten sich dabei immerhin mit 4,7 Milliarden an der Griechenlandhilfe sowie mit 26 Milliarden am Rettungsschirm.

Allgemein ist die Ernüchterung über das Scheitern des Stabilitäts- und Wachstumspaktes spürbar, in der Presse werden sowohl die Griechenlandhilfe als auch der Euro-Rettungsschirm kontrovers diskutiert. Teilweise wird auch die Erfolgsgeschichte des Euro in Frage gestellt. Die Verschärfung der Griechenlandkrise blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Wahlkampf: Dieser fokussierte sich vor allem Anfang Mai die Themen der Haushaltskonsolidierung sowie Wirtschafts- und Sozialreformen. Dabei stellten alle großen Parteien, trotz einer im europäischen Vergleich moderaten Verschuldung, Pläne für umfangreiche Einsparungen zum Teil bis in Höhe von 39 Milliarden Euro vor.

Als Lehre aus der Krise fordern nun vor allem der CDA und der Wahlgewinner, die rechtsliberale VVD, eine Verschärfung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und setzen sich für deutlich härtere Strafen bei Zuwiderhandlungen ein. Zudem werden umfangreiche Vollmachten der Kommission bei der Aufsicht über die Haushalte der Mitgliedstaaten gefordert. Wie in Deutschland gibt es auch Stimmen, die gesetzlich verbindliche Defizit- und Verschuldungsgrenzen fordern. Diese Forderung nach einer stärkeren Rolle Europas und der Kommission auch von nicht dezidiert europhilen Parteien wie der VVD ist vor allem pragmatisch begründet.

BELGIEN

In Belgien wurden in der Debatte andere Schwerpunkte gesetzt. Das erklärt sich zum einen aus einer traditionell anders gelagerten pro-europäischen Grundstimmung. Es ist aber wohl auch der eigenen finanziellen Lage geschuldet. Nach einer insbesondere vom liberalen Finanzminister Reynders verkörperten längeren Phase der Haushaltsdisziplin ist die Staatsverschuldung von 84 Prozent 2007 in den letzten Jahren trotz Beibehaltung des Konsolidierungskurses in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise stark angestiegen und wird in diesem Jahr die 100-Prozent-Marke überschreiten.

Im Rahmen der Griechenlandkrise wurde schnell europäische Solidarität eingefordert. So beeilte sich das belgische Parlament, die Hilfen für Griechenland rechtzeitig vor seiner Auflösung am 23. April zu verabschieden. Bezeichnend ist auch der Besuch des belgischen Premiers Yves Leterme in der heißen Phase des Wahlkampfs in Griechenland als Zeichen europäischer Solidarität. Auffällig ist, dass in der Diskussion zur Hilfe für die Griechen häufig Parallelen zur Rettung der belgisch-niederländischen Bank Fortis im Jahre 2008 gezogen wurden. Damals war durch Aufkaufen von Anteilen in Höhe von 11 Milliarden Euro durch Belgien, Niederlande und Luxemburg die Bank vor dem Konkurs gerettet worden. Auch der europäische Rettungsschirm wird in der Öffentlichkeit begrüßt. Entsprechend heftig wurde von führenden Politikern wie Finanzminister Reynders, dem noch amtierenden christdemokratischen Premier Yves Leterme oder seinem liberalen Vorgänger Guy Verhofstadt die vorsichtige Haltung Deutschlands sowohl bei der Griechenlandhilfe als auch bei der Schaffung des Rettungsschirms kritisiert.

Gleichzeitig gibt es einen weitgehenden Konsens für die Schaffung einer starken europäischen Wirtschaftsregierung. Diese Idee wird insbesondere von Leterme aber auch vom Europaparlamentarier Verhofstadt gestützt. Bereits im Frühjahr hatte Leterme zudem die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds sowie die Etablierung einer Europäischen Schuldenagentur gefordert. Die aktuelle Situation wird als Anlass gesehen, ein stärkeres Engagement der EU zu fordern. So bekennt sich auch Belgien zu einer stärkeren Rolle der Kommission bei der Haushaltskontrolle und für die Einführung einer „Schuldenbremse“. Im Rahmen der am 1. Juli beginnenden belgischen EU-Ratspräsidentschaft hat Belgien die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu einer seiner wichtigsten Prioritäten erklärt, speziell soll das Thema Innovation im Vordergrund stehen. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember wird sich diesem Thema widmen. Darüber hinaus will Belgien in den sechs Monaten weitere Schritte hin zu einer Vollendung des Binnenmarktes unternehmen und die Industriepolitik umgestalten. Gleichzeitig wird auch im Rahmen der Ratspräsidentschaft die europäische Solidarität betont: So wird eine ehrgeizige soziale Agenda angekündigt, der Schwerpunkt soll auf der Stärkung der sozialen Kohäsion liegen.

Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes steht aber unter dem Vorbehalt der derzeit laufenden Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung. Ein Kurs der haushaltspolitischen Konsolidierung wurde von einigen (flämischen) Parteien gefordert.

Die Gewinner der Südens, die wallonischen Sozialisten, setzten den Akzent weit stärker auf sozialen Ausgleich und staatliches Engagement zur Wiederbelebung der Wirtschaft.

*Dr. Peter R. Weilemann | Joscha Ritz | Olaf Wientzek
KAS-Europabüro Brüssel*

25.06.2010

POLEN

Die Europäische Union und die Euro-Zone sind mehr als eine kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnung. Aber alle Mitglieder gehen doch von einem Mehrwert dieser Staatenverbindungen aus. Dieser Mehrwert wird gemeinhin mit den Perspektiven von Freiheit, Frieden, Wohlstand und der gemeinsamen Stärke in einer globalisierten Welt beschrieben. In Zeiten der Krise, wenn die Fliehkräfte und Risiken wachsen, stellt zwar auch in Deutschland manch einer die gängige Beschreibung der Friedens- und Wohlstandsdividende der EU und Euro-Zone in Frage; doch politisch gibt es über nahezu alle Parteigrenzen hinweg einen gemeinsamen Willen, der die Union und Euro-Zone trägt.

In Polen, dem mit rund 38 Millionen Einwohnern und 313-Tausend Quadratkilometern weitaus größten ostmitteleuropäischen EU-Beitrittsland, das immerhin das sechstgrößte EU-Mitgliedsland ist, steht der Mehrwert der EU-Mitgliedschaft ebenfalls längst nicht mehr in Frage. Die kritischen Fragen, die vor dem Beitritt 2004 gestellt wurden, und die Ängste vor einem Verlust der erst 1990 nach fünfzig Jahren wieder gewonnenen Souveränität, vor Beeinträchtigungen der polnischen Kultur durch die westeuropäische Zivilisation oder vor den notwendigen Anpassungsleistungen, wurden durch den Lauf der Dinge weitgehend überwunden. Die Menschen und mit ihnen die Politiker merkten sehr schnell, dass sie von dem EU-Beitritt profitieren, dass der Beitritt den Aufschwung des Landes befördert.

Allerdings bleibt das Land politisch gespalten, wenn es um die weitere Perspektive und Ausgestaltung der EU geht. Da stehen auf der einen Seite diejenigen, die von den deutschen Medien oft etwas pauschal als Europa-Skeptiker wahrgenommen werden, die für eine Union der Nationalstaaten eintreten, die den starken Einfluss Deutschlands und Frankreichs in der EU mit Argusaugen beobachten, die eine Mitsprache auf gleicher Augenhöhe einfordern, im Streitfall auch gegen den Strom der Mehrheit ankämpfen und generell ein Mehr an Selbständigkeit bewahren möchten, vielleicht in einer engeren Verbindung mit anderen ostmitteleuropäischen Staaten. Für diese Richtung steht die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“

(PiS) der Kaczyński-Brüder, die von 2005 bis 2007 das Land regierte und nun die stärkste Oppositionskraft darstellt. Sie erreicht je nach Umständen ein Viertel bis hin zu einem guten Drittel derjenigen, die wählen gehen, was selten über 50 Prozent der Wahlberechtigten tun.

Auf der anderen Seite gibt es die politische Mehrheit der Regierungsparteien „Bürgerplattform“ (PO) und „Polnische Volkspartei“ (PSL) sowie des oppositionellen „Bündnisses der demokratischen Linken“ (SLD), das aus der alten Kommunistischen Partei hervorgegangen ist. Für diese Mehrheit, die im polnischen Parlament, dem Sejm, zwei Drittel ausmacht, stehen die Vorteile und Chancen der Union im Vordergrund, die es in einer konstruktiven politischen Zusammenarbeit in der EU zu nutzen gilt. Diese Mehrheit steht der Gemeinschaftsmethode der EU und einer stärkeren Integration aufgeschlossen gegenüber. Beide politischen Richtungen stellen also die EU-Mitgliedschaft an sich nicht in Frage, haben aber unterschiedliche Vorstellungen von der politischen Perspektive und den Handlungsstrategien innerhalb der Union.

Da Polen noch nicht Mitglied der Euro-Zone ist, wurden auch die Griechenlandkrise und das Rettungspaket für den Euro aus einer gewissen Distanz betrachtet. Das tragische Flugzeugunglück des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und seiner 95 Begleiter, darunter sehr viele Führungspersonlichkeiten des Staates, vom 10. April in Smolensk, die dadurch notwendig gewordene Neuwahl des Präsidenten und die Hochwasserkatastrophe im Mai und Juni überlagerten zudem die Europapolitik. Zur Gelassenheit mit Blick auf die Euro-Krise trägt bei, dass Polen bemerkenswert stabil durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gegangen ist. Als einziges Land der EU hatte Polen 2009 mit 1,7 Prozent dank starker Inlandsnachfrage ein nennenswertes Wirtschaftswachstum aufzuweisen. In diesem Jahr wird mit einer Wachstumsrate von mehr als drei Prozent gerechnet. Die öffentlichen und privaten Schulden halten sich in Grenzen: der öffentliche Schuldenstand lag 2009 bei 53 Prozent, das öffentliche Defizit bei 7,2 Prozent des

Bruttoinlandproduktes. Die Stabilitätskriterien der EU sehen hier 60 Prozent und 3 Prozent als Obergrenzen vor. Anders als im übrigen Europa ist von einer Bankenkrise in Polen keine Rede. Ausländische Banken bauen hier ihr Geschäft angesichts der guten Rahmenbedingungen sogar aus.

Während innerhalb der Euro-Zone viele Politiker und Experten die gemeinsame Währung als Stabilitätsanker in der Finanzkrise und Schutz gegen Spekulationen anführen, profitiert Polen gerade vom flexiblen Wechselkurs des Polnischen Złoty. Dieser wertete in der Krise zeitweise um mehr als ein Viertel ab, was der polnischen Exportwirtschaft zu Gute kam. Von daher sind in Polen Politiker und Experten derzeit doppelt froh, noch nicht Mitglied in diesem krisengeschüttelten „Stabilitäts-Klub“ zu sein: Denn dies erlaubt einerseits mehr Währungsflexibilität und bewahrt andererseits vor Solidaritätsleistungen zur Stützung des Euro, wie sie etwa in der Slowakei zu politischen Verwerfungen führen. Zunächst solle sich die Euro-Zone erst einmal konsolidieren, danach könne Polen dann in Ruhe seinen Eintritt vorbereiten, so ist die verbreitete Auffassung. Dabei tritt die polnische Regierung prinzipiell für eine Stärkung der Stabilitätskriterien ein, was eine bessere Justierung einzelner Kriterien nicht ausschließt, so zum Beispiel die stärkere Beachtung der Relation von öffentlichem Schuldenstand und staatlicher Neuverschuldung. Wenn kaum noch einer der Euro-Staaten die Stabilitätskriterien erfüllt, wird zudem die Notwendigkeit der strikten Beachtung dieser Kriterien für die neuen Beitrittsländer fraglich. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich eine eigene Abteilung in der Polnischen Nationalbank seit geraumer Zeit mit der Abschätzung von Vor- und Nachteilen eines Euro-Beitritts, um den für Polen besten Zeitpunkt zum Beitritt zu identifizieren.

Die verfehlte und zum Teil verdeckte Haushaltspolitik Griechenlands wurde in Polen kritisch differenziert, das Zögern in Deutschland, sofort mit Milliarden-Geldern einzuspringen, mit einem gewissen Verständnis wahrgenommen. Eine größere Beteiligung Polens am Hilfsprogramm für hoch verschuldete Euro-Staaten würde jedoch wohl unweigerlich zu einer europapolitischen Zerreißprobe im Lande führen. Als die konservative Tageszeitung *Rzeczpospolita* in der Woche vor der ersten Runde der Präsidentenwahl am 20. Juni 2010 die Möglichkeit einer derartigen Verpflichtung zur Sprache brachte, wurden die unterschiedlichen Positionen gut deutlich: Der nationalkonservative Präsidentschaftskandidat Jarosław Kaczyński kritisierte ein solches Szenario scharf, indem das viel ärmere Polen mit für die Misswirtschaft in Ländern aufkommen solle, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten;

dagegen verwies der polnische Finanzminister Jacek Rostowski, ein in England geschulter Wirtschaftsprofessor, darauf, dass kein anderes Land mehr Geld von der EU bekomme als Polen. Von daher könne er sich kaum eine größere Katastrophe für Polen vorstellen, als den Zerfall der Euro-Zone.

Die Einführung einer Wirtschaftsregierung der Euro-Zone – wie sie von französischer Seite lanciert wird – lehnt die polnische Regierung strikt ab, weil die EU damit in Länder mit unterschiedlichem politischem Status geteilt würde. Einer besseren wirtschaftspolitischen Abstimmung im Rahmen der EU insgesamt, an der Polen beteiligt wäre, steht die Regierung Tusk dagegen offen gegenüber und unterstützt insofern die Politik der deutschen Bundesregierung. Der Schaffung einer neuen Institution zu diesem Zweck erteilte Tusk aber eine klare Absage. Nötig sei eine bessere Handlungsfähigkeit der bereits bestehenden europäischen Institutionen immer unter Beachtung des Grundsatzes der politischen Gleichberechtigung der Staaten, unabhängig davon, ob sie der Euro-Zone angehören oder nicht. Vor diesem Hintergrund ist die polnische Regierung auch nicht geneigt, eine erneute Debatte über eine Änderung der EU-Verträge zu führen.

Stephan Raabe

Leiter des KAS-Auslandsbüros Warschau

25.06.2010

SPANIEN

Die spanische EU-Präsidentschaft ist kurz vor ihrem Abschluss, Bewertungen dazu noch vorläufiger Art. Gleichwohl scheint bereits unbestritten zu sein, dass die erstmaligen Erfahrungen mit der Anwendung des Lissabon-Vertrages die Rolle der rotierenden Präsidentschaft und ihren Einfluss auf Gestaltung und Wahrnehmung Europas innerhalb und außerhalb seiner Grenzen verändert zeigt.

Der Verzicht auf eine sichtbare Rolle des Regierungschefs, und damit des prominentesten Gesichts der jeweiligen rotierenden Präsidentschaft, sowie auf Gipfeltreffen im Land, lösen Fragen nach weiteren „Verschlankungen“ von Zuständigkeiten und Abläufen im europäischen Gefüge aus. Dabei wird sich erweisen müssen, ob Chancen für die emotionale Verankerung Europas bei seinen Bürgern vertan werden, wenn sich die EU nur noch aus einer Brüsseler Perspektive darstellt.

Angesichts ihrer reduzierten Wirksamkeit werden die rotierenden Präsidentschaften zu prüfen haben, ob ambitionierte Programme für „ihre“ sechs Monate noch sinnvoll und realistisch sind, oder eher zu dem ohnehin schon verbreiteten Eindruck einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Europa beitragen.

Nicht die Definition von neuen Zielen, sondern die Lösung bestehender Probleme ist die Erwartung, die sich an die Verantwortlichen im eigenen Land und in Europa richtet. So betrachtet wird das „Stimmungsbild“ in Spanien, soweit es der veröffentlichten Meinung entnommen wird, sicherlich nicht den Anstrengungen der Präsidentschaft gerecht, die sich auf ein weites Themenfeld von der Strategie 2020, über die Folgen des demographischen Wandels, Sicherheit und Justiz, den Platz Europas in der Welt, bis hin zu den Bürgerrechten in Europa ausgerichtet hat. Für die Spanier, traditionell europafreundlich, beginnt angesichts der bitteren Rezepturen, die ihnen ihre europäischen Partner im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Überschuldung und Strukturprobleme abverlangen, die positive Erinnerung daran zu verblassen, welchen

Anteil die Zugehörigkeit zu EU und Euro an Wachstum und Stabilität der zurückliegenden Jahre hatten.

Demgegenüber wachsen Bedenken gegenüber einem „Diktat aus Berlin oder Brüssel“ und einem Abwärtszog des Euro, die den Freiraum für autonome spanische Entscheidungen drastisch einschränken aber zugleich Gelegenheit geben, von eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken.

Nicht öffentlich, gleichwohl aber unmissverständlich, wird dazu die Sorge verbreitet, „Berlin“ rede die Situation Spaniens schlecht, um dadurch mehr Druck auf Reformen auszuüben, die noch über das vom Parlament mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedete Paket hinausgingen. Mit solchen Forderungen werde die innere Stabilität Spaniens gefährdet und erste Chancen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft abgewürgt.

Spanien sei nicht Griechenland. Die Konsolidierung in Spanien laufe „nach Plan“, so Wirtschaftsministerin Elena Salgado, auch wenn der IWF dem Land bis 2016 nur ein Wachstum von unter 2 Prozent bescheinigt, während die eigene Regierung 3 Prozent und mehr erwartet. Ein Wachstum von mindestens 3 Prozent ist allerdings erforderlich, um das strukturelle Defizit in Spanien nicht noch weiter ansteigen zu lassen.

In diesem Zusammenhang wird befürchtet, dass das „Spardiktat“ der europäischen Regierungen den wirtschaftlichen Aufschwung verschiebt und damit die Reduzierung des Defizits weiter erschwert. Für Spanien rechnet der IWF für 2014 mit einer Neuverschuldung in Höhe von 8 Prozent des BIP und für 2015 mit 7,7 Prozent. Damit läge das Land an der Spitze aller 56 vom IWF geprüften Volkswirtschaften. Nach dem vom IWF gezeichneten Szenario würde die spanische Staatsverschuldung von 39,7 Prozent in 2008 auf 94,4 Prozent in 2015 ansteigen. Die spanische Regierung prognostiziert demgegenüber eine Rückführung der Neuverschuldung auf 3 Prozent in 2013.

In der Debatte über Ursachen und Versäumnisse wird auch das Zögern Deutschlands bei der Hilfe für Griechenland angeführt. Damit hätten sich erst die Sorgen über Spanien ausbreiten können, die zu Einbrüchen an der Börse und zu hohen Aufschlägen für spanische Anleihen beigetragen hätten. So hat der IBEX in diesem Jahr schon rund 25 Prozent verloren und die Spreads spanischer Staatsanleihen (Zinsdifferenz deutscher zu spanischen) erreichen neue Rekordstände. Sie liegen gegenwärtig bei 194 Basispunkten und verteuern den Schuldendienst Spaniens beständig.

Daran hat auch eine vorübergehende Beruhigung nach Verabschiedung des Rettungspaketes von 750 Milliarden Euro nichts ändern können.

Ein neuerlicher Vertrauensstest steht im Juli an, wenn Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 25 Milliarden Euro finanziert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist „die Zukunft des Europäischen Projekts“ und seine Akzeptanz untrennbar mit Erfolgen bei der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise verbunden.

Spanien teilt die Auffassung, dass dazu eine „europäische Wirtschaftsregierung“ erforderlich ist. Sie müsse so angelegt sein, dass sie „ihren Namen verdient“, so der für Europa zuständige Staatssekretär Diego López Garrido. Nationale Alleingänge seien wenig aussichtsreich. Es werde „eine europäische Antwort“ benötigt, um aus der Krise herauszukommen und eine „neue Etappe des Wachstums“ zu erreichen, die Arbeit schaffe und „das Niveau der sozialen Sicherung“ erhalte. Dazu müssten die „nationalen Wirtschaftspolitiken koordiniert“ und „Strukturen zur gemeinsamen Überwachung der internationalen Finanzsysteme geschaffen“ werden.

Zu einer Ergänzung der EU-Verträge in diesem Zusammenhang hält sich die spanische Politik bedeckt. Die Auffassungen dazu, insbesondere von Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble, werden wiedergegeben, die Chancen für eine erneute Öffnung des komplexen Prozesses aber eher bezweifelt. Gleiches gilt für die Debatte über das deutsche Modell einer verfassungsrechtlich verankerten „Schuldenbremse“. Lediglich im Kleingedruckten findet sich dazu ein unterstützender Satz in einer Rede des Oppositionsführers Rajoy. Auch er weiß, wie schwer es bereits mit den beschlossenen und heftig umstrittenen Plänen der Regierung Zapatero sein wird, die öffentlichen Schulden Spaniens von jetzt 11,2 Prozent des BIP zurückzuführen.

Zu den wenigen Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition in Madrid gehört aber die Einsicht, dass Spanien allein die Probleme nicht mehr bewältigen kann.

Während also Skeptiker genügend Gründe anführen können, das Land in einer tiefgreifenden Krise zu sehen, die noch Jahre anhalten wird und schwer voraussehbare Risiken birgt, können Optimisten darauf verweisen, dass die gegenwärtigen Probleme die Bereitschaft fördern, das europäische Haus stärker und wetterfester zu machen. Damit würde die Einsicht bestätigt, dass in jeder Krise auch eine Chance liegen kann.

Thomas Bernd Stehling
Leiter des KAS-Auslandsbüros Madrid
 28.06.2010

TSCHECHIEN

Die Europadiskussion in Tschechien wurde in den vergangenen Wochen und Monaten in erster Linie vom Wahlkampf für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 28./29. Mai 2010 geprägt. Dabei spielte die Griechenland-Krise und Euro-Frage insofern eine wichtige Rolle, dass viele Akteure sich das Motto „Verantwortliches Haushalten“ auf die Fahnen schrieben. Dabei wurden weniger die Facetten der Abläufe in der Europäischen Union diskutiert, als vielmehr die internen Entwicklungen in Griechenland als warnendes Beispiel für die Wichtigkeit einer gesunden und seriösen Finanzpolitik herangezogen. Innenpolitische Diskussionen rund um den Wahlkampf und die Regierungsbildung überwiegen die Debatte also bei weitem.

EU-RETTUNGSPAKET IN DER KRITIK

Eine „fatale Folge sozialistischer Haushaltsführung“ nannten konservative Kreise in Tschechien die Griechenland-Krise und warben in diesem Zuge für ihre Politik im Rahmen des Wahlkampfes. Auch der Euro geriet in die Kritik, indem von vielen Seiten ein nahezu erleichtertes „glücklicherweise sind wir nicht in der Eurozone“ zu hören war. Allein diese beiden Punkte zeigen, dass die Debatte um die aktuelle Krise in Tschechien nicht allzu tiefgründig geführt wird. Was für den Wahlkampf herhalten konnte, wurde angesprochen und genutzt. Was zu kompliziert für die aufmerksam zuhörende Wählerschaft erschien, wurde beiseite gelassen. Eine Beteiligung Tschechiens am Rettungspaket wurde gar nicht erst diskutiert und jegliche direkte Beteiligung der Tschechischen Republik seitens der Politik in den Medien dementiert. Am Rettungsschirm für gefährdete EU-Staaten ist Tschechien nur indirekt beteiligt, mit Mitteln, die aus EU-Haushaltsüberschüssen stammen – insgesamt 60 Milliarden Euro. Tschechien ist generell strikt dagegen, dass sich die EU in die nationale Finanzpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten einmischt. Ausländische Beobachter sind der Ansicht, dass die Politik in Tschechien die Bedeutung der aktuellen Krise als gemeinsame Herausforderung für die gesamte Europäische Union – ob Euro-Mitglied oder nicht – unterschätzt. Gerade jetzt hätte sich Tschechien mit einer klaren

Solidaritätsbekundung von manchem Schatten in der Wahrnehmung der anderen EU-Mitglieder, z.B. wegen des Regierungssturzes während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft 2009 oder den Aussagen des Staatspräsidenten Václav Klaus, befreien können. So aber tauchte auch Tschechien unter und vermied jegliche Verantwortung bei der Zusammenstellung des Rettungspakets, das von tschechischen Kommentatoren letztendlich als „ineffektiv, zögerlich und kompliziert“ bezeichnet wurde. Einige Medien hinterfragen kritisch, ob es denn wirklich Tschechiens Ambition sein sollte, zu einem Euro beizutreten, der heute ein anderer ist, als der, zu dem man sich im Beitrittsprozess verpflichtet hatte. Für traditionelle Euroskeptiker ist das Paket ein Instrument, die verschuldeten Haushalte mancher EU-Staaten noch weiter zu belasten. „Wer Schulden macht, soll dafür selbst gerade stehen“, lautet das Motto der Kritiker. „Tschechischen Rentnern einen Teil der Rente wegzunehmen, um griechischen Rentnern die 14. Rente zu zahlen, halte ich für unmoralisch“, äußerte sich der designierte Premierminister und ehemalige Sozialminister Petr Nečas (ODS).

Auch der Finanztransaktionssteuer steht Tschechien ablehnend gegenüber und konnte eine Ausnahmeregelung erkämpfen. Tschechien wäre nach wie vor nicht bereit, für andere EU-Länder bzw. für Euro-Länder zahlen zu müssen, heißt es aus Medien- und politischen Kreisen. Die „Pauschalstrafe“ wäre für Tschechien ungerecht, denn der tschechische Banken- und Finanzsektor habe sich im Unterschied zu anderen Akteuren in Europa vor und während der Krise sehr verantwortungsvoll und stabil gezeigt, so die Argumente. Der scheidende Premierminister Jan Fischer wies darauf hin, dass die Kosten einer solchen Banksteuer ohnehin wieder auf die Bankkunden zurückfallen würden, da die Banken diese umlegen würden.

KEIN WIEDERAUFLEBEN DER „LISSABON-DISKUSSION“

Erstaunlicherweise wurde die Euro-Krise von den in Tschechien sehr präsenten Europa-Kritikern aber kaum zum Anlass genommen, den aus eigener Sicht ungeliebten Lissabonner Vertrag erneut ins Visier der Kritik zu nehmen. Lediglich der als Euro-Kritiker bekannte Staatspräsident äußerte sich und prophezeite den „Anfang vom Ende“ der Einheitswährung. Er brachte Deutschland in einen direkten Zusammenhang mit der Krise, indem er „den Hauptantreiber der Integration“ nun in der Pflicht sieht, „die Konsequenzen zu ziehen“ und die Folgen der Integration zu tragen. Klaus glaubt weiter, die Griechenlandkrise würde nun „als Deckmantel für weitere Zentralisierungen und weiteren Verlust nationaler Souveränität herhalten“. Ein anderer Akteur, wie der designierte, zukünftige Finanzminister Miroslav Kalousek (TOP09) nannte die Krise eine Folge „mangelnder Fiskaldisziplin vieler EU-Mitgliedsstaaten“. Selbst Deutschland und Frankreich hätten gegen die Auflagen des Stabilitätspakts verstoßen, sagte der bereits 2006-2009 amtierende Finanzminister. Nun sei es an der Zeit, strengere fiskalische Regelungen einzuführen und den Stabilitätspakt tatsächlich einzuhalten, äußerte sich Kalousek weiter.

Darüber hinaus sind wenige Stimmen zu vernehmen, die ernsthaft und konstruktiv über eine Erweiterung der EU-Verträge sprechen, geschweige denn neben pauschaler Kritik konstruktive Vorschläge anbieten. Die Medien haben das Thema überhaupt nicht aufgegriffen. Doch selbst in Tschechien mehren sich die Stimmen, die den Lissabonner Vertrag als Ergebnis einer mehrjährigen, intensiven Debatte als „derzeit maximal erreichbare Lösung“ ansehen. Experten im Land appellieren dafür, erst mit dem Vertrag und den Möglichkeiten umgehen zu lernen.

EUROPATHEMA VERLIERT IN PRAG AN BEDEUTUNG

Dass als Folge der aktuellen Krise über eine stärkere, gemeinsame Wirtschaftspolitik der EU gesprochen wird, stößt in Tschechien bei allen Parteien auf Ablehnung. Wie bereits im Rahmen der langwierigen Diskussionen um den Lissabonner Vertrag befürchten viele tschechische Verantwortliche den „Verlust nationaler Souveränität“. Kaum jemand sieht eine Chance darin, Einfluss auf gesamteuropäische Entwicklungen nehmen zu können. Generell wird dem Thema Europa offensichtlich immer weniger Beachtung geschenkt. Als bester Beweis können die aktuellen Koalitionsverhandlungen zwischen ODS, TOP09 und VV herhalten, bei denen immer klarer wird, dass der bisherige

Posten des „Vizepremiers für Europaangelegenheiten“ wohl gestrichen wird und das Europaressort im Außenministerium eingegliedert werden könnte. Eine Begründung für diese Entscheidung ist, dass die EU-Ratspräsidentschaft einen derartigen Posten zur Koordinierung der anfallenden zusätzlichen Aufgaben erforderte, diese nun aber vorüber sei und ein eigens dafür beauftragter Minister somit unhaltbar wäre. Ein Regierungssekretär im Außenministerium soll, wie bereits vor 2006, diese Aufgabe nun wieder übernehmen. Europa wäre dann in Tschechien wieder ein Thema unter vielen.

Befasst sich die tschechische Politik mit Europa, so geht es derzeit in erster Linie um eine „optimale Ausschöpfung europäischer Fördergelder“, nicht aber um eine konstruktive Mitgestaltung des Europäischen Projekts und der Setzung eigener Themen als Fundament für die Suche nach Partnern in der EU. Der mögliche, zukünftige Außenminister Karel Schwarzenberg (auch er war bereits 2006-2009 in diesem Ressort tätig) gilt in der tschechischen Politik als eine der wenigen pro-europäischen, konstruktiven Stimmen. Seiner Auffassung nach müssten sich alle Akteure im Rahmen der Europäischen Union bewusst werden, dass nun schwierige, tiefgreifende Fragen behandelt werden müssen, und, dass eine Reform der europäischen Strukturen nun auch in der Praxis umgesetzt werden muss. Im Unterschied zu vielen anderen Vertretern der tschechischen Politik scheint Schwarzenberg dabei das eigene Land nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der europäischen Integration auszuklammern. Ihm ist also bewusst, dass auch Tschechien einen konstruktiven Beitrag in der aktuellen Diskussion leisten sollte. Vielleicht wird er als möglicher Außenminister, mit dem europäischen Ressort in seiner Verantwortung, für eine Belebung der inner-tschechischen Europadebatte sorgen, damit aus Prag in Zukunft mehr Vorschläge, Themen und Ideen kommen und nicht Kritik, Ablehnung und Zurückhaltung die Wahrnehmung prägen.

*Dr. Hubert Gehring | Tomislav Delinic
KAS-Auslandsbüro Prag
25.06.2010*